

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 60

März

I/2013

DIE LINKE.



Gesellschaftsperspektive/Theorie

Sanft auftreten

Grüner Sozialismus und ‚gutes Leben‘

Baustopp des Ilisu-Staudamms

Debakel in Doha: NGOs ohne Biss

Erneuerbare Energie ist mehr als Strom

Bücherecke

Editorial

Aktuell laufen die Vorbereitungen der Proteste anlässlich des zweiten Jahrestages der Fukushima-Katastrophe auf Hochtouren. Der Druck ist angesichts der Regierungspolitik, neun AKW zum Teil noch bis 2022 weiter zu betreiben, dringend notwendig.

Für DIE LINKE sind diese Proteste offenbar kein Thema, welches an prominenter Stelle ihres Internetauftrittes erscheinen sollte – und das trotz E-Mails an die Verantwortlichen für die Internetauftritte <http://www.die-linke.de> und <http://nachhaltig-links.de> (Stand 7.3.2013). Die Partei hat sich begnügt mit dem Beschluss-Nr.: 2013/75 vom 20. und 21. Januar 2013:

„Der Parteivorstand unterstützt den Aufruf ‚Zwei Jahre Fukushima: Atomanlagen abschalten!‘ des Bündnisses zum zweiten Jahrestag des GAUs von Fukushima ... und unterschreibt im Namen der Partei DIE LINKE. ...“ Eine der Lehren aus der

SED-Geschichte war 1989, die PDS stärker mit Bewegungen zu vernetzen. Die Realität sieht anders aus: Viele engagieren sich, treten in der Öffentlichkeit aber als LINKE nicht in Erscheinung. Im vorliegenden Heft findet sich das Thema Atomausstieg in der Bücherecke wieder.

2013 steht ganz im Zeichen des Wahlkampfes, die Programmdiskussion läuft gerade richtig an. Unsere Position zum Wahlprogramm kommt zu spät für diese Ausgabe und wird in Heft 61 erscheinen.

Der Schwerpunkt in diesem Heft ist unser gegenwärtiger Beitrag zur Programmdiskussion. Es sind grundsätzliche Überlegungen zur globalen Nachhaltigkeit („Sanft auftreten“, „Wohlstand und Wachstum sind gegenläufig“ sowie „Grüner Sozialismus und ‚gutes Leben‘“).

Die Redaktion

Abschied von Karin Lück

Am 21.1.2013 ist Karin Lück im 70. Lebensjahr verstorben.

Karin war eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die sich durch Aufrichtigkeit und Engagement die Zuneigung vieler Menschen erworben hat.

Erst nach 1990 fand sie den Weg zu unserer sozialistischen Partei und widmete sich vor allem umweltpolitischen Fragen. Sie war Mitglied des NABU. Für ihre Müncheberger Genossen war sie das „grüne Gewissen“. Folgerichtig widmete sie diesen Problemen ihr ehrenamtliches Engagement. Viele Jahre arbeitete sie im

Jugendumwelthaus in Müncheberg mit. Aber auch als langjährige Abgeordnete der PDS später DIE LINKE in der Müncheberger Stadtverordnetenversammlung waren das ihre Themen. Über die Grenzen ihres Heimatortes hinaus war sie ebenfalls umweltpolitisch wirksam. Seit den frühen 90er Jahren gehörte sie zur Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt in Brandenburg. In der Ökologischen Plattform war sie Mitglied des SprecherInnenrates.

Wir verlieren mit ihr eine warmherzige stets zuverlässige Mitstreiterin für eine soziale und ökologische gesunde Welt.

Einladung zum Bundestreffen

Das Bundestreffen der Ökologischen Plattform findet am 20./21. April 2013 in Bad Sachsa statt.

Ort

Jugendherberge Bad Sachsa
Jugendherbergsstr. 9-11
37441 Bad Sachsa

Tel: +49 5523 8800
Fax: +49 5523 7163
jh-sachsa@djh-hannover.de

Ablauf

Sonnabend

Vormittag Beginn 10:00 Uhr

Berichte aus dem Landesverband Niedersachsen und des SprecherInnenrates

Nachmittag

- Wolf v. Fabeck (Solarenergieförderverein): Vortrag und Diskussion zum Thema „Aufgaben der Bundesregierung zum schnellen Erreichen einer 100%igen Versorgung mit EE“
- eventuell Beginn der Diskussion zum Entwurf des Wahlprogrammes

Sonntag Vormittag

- Diskussion zum Entwurf des Wahlprogrammes DER LINKEN
- eventuell Besuch eines ökologischen Projektes/Objektes

Da wir die Übernachtungen schon vorher buchen müssen, bitten wir bis zum 5.4.2013 um eine Anzahlung in Höhe von 20€ auf unser Konto

Volksbank Berlin,
BLZ 10090000,
Konto 5000600000,
Verwendungszweck: Ökologische Plattform - Bundestreffen

Sanft auftreten

Erstmals in der Neuzeit könnte jetzt die Generation der Kinder schlechtere Zukunfts-Chancen haben als die ihrer Eltern. Der Planet Erde ist für die Wirtschaftsformen und Lebensweisen der »Global Consumer Class« zu klein geworden.

Wolfgang Pekny

Würden alle Menschen so verschwenderisch leben wollen wie wir es in Europa tun, so bräuchte es mindestens drei Planeten von der Qualität der Erde. Die wird es kaum geben! Wie kein zweites naturwissenschaftliches Maß erlaubt der ökologische Fußabdruck, den ökologischen mit dem sozialen Imperativ zu verbinden. Mit etwa 5 globalen Hektar (gha) liegen die Menschen in Europa weit über dem fairen Maß von 1,7 gha und leben damit systematisch auf Kosten ärmerer Mitmenschen, auf Kosten der Natur und auf Kosten ihrer eigenen Kinder. Der ökologische Fußabdruck misst die Summe der durch den Konsum von Waren, Energie und Dienstleistungen in einem Jahr in Anspruch genommen Biokapazität, das heißt der produktiven Land- und Wasserflächen, gleich, wo auf der Welt diese Inanspruchnahme passiert. Er kann für einen Bauernhof, ein Land oder den Planeten Erde berechnet werden. Wird mehr Kapazität beansprucht, als jeweils vorhanden ist, spricht man vom »Overshoot«, dem Abgleiten in die ökologische Verschuldung. Heute ist die Welt als Ganze bereits zu rund 50 Prozent im Overshoot, die Menschheit beansprucht also trotz weitverbreiteter Armut und Not um die Hälfte mehr, als der Planet in einem Jahr zur Verfügung stellt. Entsprechend fiel der »Welt-Erschöpfungstag« (World Overshoot Day) im Jahr 2012 bereits auf den 22. August. Den Rest des Jahres lebten wir auf Pump. Um die Übernutzung zu beenden und zugleich dem Gros der Passagiere im »Raumschiff Erde« ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, braucht es eine weitere »große Transformation«, einen Wandel, der jenem der neolithischen und industriellen Revolution um nichts nachstehen wird. Dabei ist mehr gefragt als sozial und ökologisch verbesserte Produkte in »klimafreundlichen« Kaufhäusern – nämlich ein neues Verständnis von der Komplexität unserer »kleinen Welt«, ein Globalverständnis.

Dieser Globalverständnis – als Schwester des Hausverständs – ist uns freilich nicht mitgegeben. Über

Äonen hinweg war das Globale keine Denk- oder Handlungskategorie für den Menschen. Erst seit relativ kurzer Zeit wissen wir, dass die Welt nicht unbegrenzt ist. Sie ist auch keine Wildnis mehr, sondern längst eine Farm – unser »Raumschiff Erde« ist ein sehr schlecht geführter Bauernhof, und auf diesem Raumschiff herrscht noch nicht einmal »Rauchverbot«. Wie verrückt müsste eine Astronautin sein, in der internationalen Raumstation Zigarre zu rauchen? Das wäre keine Frage des Umweltschutzes und keine Frage der Ethik. Es ist eine Frage des gesunden Hausverständs!

Die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts lautet demnach: Wie kann ein »gutes Leben« mit einem fairen Anteil an der Welt für möglichst alle Erdenbürgerinnen und Erdenbürger verwirklicht werden?

Die gute Nachricht: Physikalisch spricht nichts dagegen, auch für 10 Milliarden Menschen genug Energie und Nahrung bereitzustellen, ohne den Planeten dabei zu überfordern. Dabei müsste gar nicht auf halbsynthetische Nahrung auf Algenbasis zurückgegriffen werden. Bei heutiger Kenntnis der Landbewirtschaftung kann in passenden Rahmenbedingungen für mindestens zehn Milliarden Menschen Nahrung erzeugt werden. Über die nötigen Schritte dahin herrscht weitgehend Konsens: ein Stopp weiterer Rodungen für die Landwirtschaft, Steigerung der Bodenerträge vor allem in den wirtschaftlich schwächsten Ländern, Reduktion der Ernteverluste, Vermeidung des Wegwerfens und des Missbrauchs von Lebensmitteln, sowie – allem voran – eine Änderung der Ernährungsgewohnheiten in Richtung weniger Fleisch und tierische Produkte. Damit können die Menge der verfügbaren Nahrung verdoppelt und Umweltauswirkungen reduziert werden.

Über die Frage, ob diese Schritte besser in kleinen oder großen Produktionseinheiten, durch Permakultur oder fossile Inputs, durch regionale oder globale Zusammenarbeit erreicht werden können, herrscht allerdings noch wenig Einigkeit. Diese Ungewissheit muss jedoch kein Nachteil sein, denn

es ist gerade die Vielfalt – in der Biologie genauso wie in Gesellschaften und bei Wirtschaftsweisen –, die die beste Garantin für Evolution und Fortschritt ist. Einfach und Monokultur waren noch nie Basis für Weiterentwicklung.



Bedingungen einer ökologischen Wirtschaft

Während also einerseits kaum vorstellbar ist, wie das »Wirtschaften« der Zukunft aussehen wird, sind die Rahmenbedingungen im Raumschiff Erde bereits klar: Die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit ist eine *Conditio sine qua non*. Die soziale Dimension sollte dazu gleichberechtigt betrachtet werden, die ökonomische dagegen ist keine Bedingung, sondern letztlich ein Ergebnis. Ökonomisch zukunftsfähig kann nur sein, was die ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit fördert. Für die ökologische Zukunftsfähigkeit gibt es dabei zumindest ein Quartett von Bedingungen: Konsistenz, Effizienz, Suffizienz und Resilienz.

- Unter Konsistenz-Bedingung verstehen wir die Notwendigkeit, alle Tätigkeiten so zu gestalten, dass sie sich mittelfristig in natürliche Kreisläufe einfügen können, also etwa Schadfreiheit (Gifte und Klimagase) sowie vollständige Wiederverwertbarkeit.
- Die Effizienz-Bedingung formuliert die Notwendigkeit, möglichst viel Nutzen durch eine Ressource zu erzielen, da diese Güter begrenzt sind. Dabei ist vor allem der »Nutzen« von den Mitgliedern der Gesellschaft stets neu zu definieren, und vieles wird sich bei genauer Betrachtung als nutzlos erweisen.
- Die Suffizienz-Bedingung fordert, mit dem physisch Vorhandenen auszukommen, insbesondere auch mit der sehr begrenzten Biokapazität, und genau das kann mit dem ökologischen Fußabdruck gemessen werden.

- Unter Resilienz-Bedingung wird die Notwendigkeit verstanden, das Puffervermögen unserer Systeme – natürliche, technische wie wirtschaftliche – soweit zu festigen, dass sie auch bei Störungen und Veränderungen halbwegs

stabil bleiben. Zur Resilienz der Ökosysteme tragen entscheidend Artenvielfalt, Boden- und Wasserqualität bei. Auch bei technischen und wirtschaftlichen Systemen wirkt Vielfalt stabilisierend, ebenso wie Transparenz und der Beteiligungsgrad aller Betroffenen.

Die Suffizienz-Bedingung ist die »Mutter aller Nachhaltigkeit«, eine unbedingt notwendige, wenngleich nicht hinreichende Bedingung für eine zukunftsfähige Entwicklung. Zukunftsfähige Gesellschaften liegen irgendwo zwischen regionaler Selbständigkeit und globaler Vernetzung, zwischen technischer Effizienz und Erneuerbarkeit einerseits und kluger Genügsamkeit andererseits.

Öko-Romantikern sei ins Stammbuch geschrieben: Ein wirklich subsistentes und resilientes »Leben vom eigenen Acker« ist für bald acht Milliarden Menschen auf der begrenzten Erde nicht möglich. Man stelle sich nur vor, von den 230 Menschen, die in Deutschland im Schnitt auf einem Quadratkilometer leben, wolle jeder ein Ökodorf-Häuschen im Grünen. In kompakten Ansammlungen lassen sich die kulturellen Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft effizienter und konsistenter gestalten. Bei höherer Besiedlungsdichte ist der Aufwand pro Kopf deutlich geringer, Gebäude, Kanalisation, Wasser, Stromversorgung und Mobilität bereitzustellen. Zugleich bleibt auch mehr Freiraum für die Natur. Und obwohl große Städte heute noch kaum »ökologischer« oder »sozialer« sind als ein »Leben auf dem Lande«, wird sich der Trend zu kompakten menschlichen Siedlungsstätten langfristig als vorteilhaft erweisen. In vielen Vergleichen schneiden Städte schlechter ab, weil der »graue Fußabdruck«

der zentralen gesellschaftlichen Leistungen wie Regierungssitze, Krankenhäuser oder Universitäten nicht auf die Dorfbewohner umgelegt wird.

Small ist eben nicht immer beautiful

Intuitiv erscheint das Leben am und vom Lande nachhaltiger. Der eigene Biogarten oder das Leben in der Wildnis bleibt für viele eine verlockende Vision – jedoch eine trügerische, denn nicht alles, was für wenige nachhaltig wäre, ist es auch für die gesamte Menschheit. In einer fairen, friedlichen, arbeitsteiligen Welt muss nicht jeder Mensch, jede Dorfgemeinschaft, jede Region und auch nicht jedes Land auf sich selbst gestellt sein. Wichtiger als vermeintliche Autarkie ist, Frieden und globalen Austausch zu gewährleisten. Ein angenehmes Überleben in isolierten Gemeinschaften ist so wenig wahrscheinlich, wie es Sinn ergibt, auf einem Schiff auf Kollisionskurs »Rettet meine Kabine!« zu schreien. Es braucht einen Kurswechsel für alle »Passagiere«.

Damit sollen lokale, ortsgebundene Initiativen nicht abgewertet werden. Sozial betrachtet, sind sie die Keimzellen für Veränderung, bieten Rücken- deckung und eine Gruppe Gleichgesinnter, die attraktive Vorbilder für zukunftsfähige Lebensstile realisieren kann. Dies kann auf dem Land genauso wie in Städten passieren, ist weniger von außen als von der Gruppe selbst bestimmt. Die lokale Selbstversorgung zu erhöhen, ist sicher förderlich für die Resilienz. Wenn aber vor lauter Autarkiestreben der Globalverstand verlorengeht, kommt es zu einer Rettungsboot-Mentalität auf Kosten globaler Effizienzpotenziale. Small ist eben nicht immer beautiful. Die notwendige »große Transformation« verlangt nach dem gesamten Innovationspotenzial der Menschen: Gefragt ist ein kluges Zusammenwirken technologischer, sozialer, persönlicher und (wirtschafts)politischer Veränderungen – »Fortschritt« im eigentlichen Sinn. Dabei besteht Fortschritt eben auch aus der gerne vergessenen Exnovation – der Fähigkeit, Dinge, Haltungen und Gebräuche wieder aufzugeben, wenn sie sich als irrig erweisen sollten. Ein Beispiel für radikale Exnovation wäre das Überflüssigmachen eines Großteils des Flugbetriebs durch Entschleunigung der Gesellschaft. So wie heute kaum jemand die überschallschnelle Concorde vermisst, weil niemand mehr

für einen Vertragsabschluss über Nacht nach New York »muss«, so wenig wird jemand einen Jumbo-Jet vermissen, wenn er oder sie den viermonatigen Karibik-»Urlaub« mit einem modernen Segelschiff antreten kann.

Freilich werden es kaum die Regierungen, nicht die transnationalen Konzerne und nicht die Expertinnen und Experten auf den Klimakonferenzen sein, die den Wandel einleiten. Wir sind es, Menschen und Gemeinschaften. Wirtschaft und Politik werden in funktionierenden Demokratien letztlich den Vorstellungen der Menschen folgen. Mehr als Energie, Ressourcen oder Finanzmittel fehlt uns im Moment die Fantasie, uns eine andere Welt vorzustellen. Experimente und Spiele sind gefragt, wie die Simulation »Gut leben von einem Hektar« (siehe die umseitige Grafik), die dieser Fantasie wieder Raum geben. Zumindest in der Simulation geht das gute Leben vergleichsweise einfach. Wer vermisst »Heizöl« in einem Nullenergiehaus? Wer vermisst fünf Tonnen CO₂, die Röntgen-Dosis und die grobe Behandlung auf einem Flughafen, wenn eine entschleunigte Halbtagsgesellschaft all das überflüssig macht?

Der Weg zur Entschleunigung erfordert allerdings die Einsicht, dass ewiges Güterwachstum in einer begrenzten Welt nicht möglich ist. Das passt zwar noch in kein gängiges Wirtschafts- oder Politikkonzept, ist aber trotzdem attraktiv, denn immer mehr Menschen begreifen, dass sehr vieles von dem, was uns wirklich wichtig ist, bestehen kann – oder gar erst durch »weniger arbeiten«, durch »Sein statt Haben« möglich wird. Schrumpfen muss schließlich nur unsere Inanspruchnahme der physischen Welt. Reale Beispiele des »guten Lebens mit fairem Anteil« werden um vieles rascher wirken als alle Appelle zur Mäßigung oder welt diplomatische Schuldzuweisungen. Nicht Zuhören, sondern Nachäffen ist die Stärke des Menschen. Zeigen wir Globalverstand! Wolfgang Pekny (56), Chemiker, Biologe, war 20 Jahre Kampagnen-Direktor bei Greenpeace und ist heute Geschäftsführer der »Plattform Footprint«. 2010 gründete er die Forschungsinitiative »Netzwerk Footprinting«.

Erschienen in <http://www.oya-online.de/article/issue/18-2013.html>

Copyleft: Siehe „Autorangaben“ s. 31.

Grüner Sozialismus und ‚gutes Leben‘ (Beitrag für LuXemburg Herbst 2012)

Raul Zelik

In den Industriegesellschaften hat sich in den letzten Jahren das Bewusstsein durchgesetzt, dass das herrschende Energie-, Konsum- und Produktionsmodell grundlegend transformiert werden muss. Eine ökologische Wende scheint konsensfähig, wenn auch nicht ausgemacht. Im Mainstream-Diskurs wird dieser Politikwechsel v.a. unter den Stichworten „Green Economy“ und „Green New Deal“ verhandelt. Der grundlegende Widerspruch bleibt bei dieser Debatte jedoch ausgeblendet: Kapitalakkumulation braucht Wachstum. Wo weniger produziert und konsumiert wird, wird aber auch weniger in Wert gesetzt. Der Kapitalismus verträgt sich faktisch nicht mit De-Growth-Strategien.

Vor diesem Hintergrund drängt sich das Konzept „grüner Sozialismus“ theoretisch geradezu auf. Eine ökologische Konversion würde implizieren, dass das Naturverhältnis der Gesellschaft (und damit auch ihre Arbeitsformen, Lebensgeschwindigkeit, Konsummuster usw.) nicht länger vom Zwang zur Kapitalverwertung bestimmt wird, sondern umgekehrt die Gesellschaft über ihr Naturverhältnis entscheidet – eine klassisch sozialistische Idee.

Geschichtsdeterminismus, Technikkritik, Agrarkommunismus...

Doch wenn die Verbindung so nahe liegend ist, warum haben sich die realen Sozialismen – vom Staatssozialismus des 20.Jh. bis zum lateinamerikanischen „Sozialismus des 21.Jh.“ – dann bisher noch immer durch eine Naturzerstörung ausgezeichnet, die der im Kapitalismus in nichts nachsteht? Ein Grund ist sicherlich, dass sich der Sozialismus ideengeschichtlich als Fortschrittsprojekt verstand, bei dem die Entwicklung der Produktivkräfte die Funktion eines Motors innehatte. Der Marxismus der Zweiten Internationale und zugespitzt der Sowjetmarxismus verwandelten das marxsche Argument, wonach die technische Entwicklung die Tür zum Kommunismus aufschlägt, indem sie die Menschheit von Mangel befreit und die fragmentierten Unterlassen zu einem sozialen

Subjekt verbindet, in ein deterministisches Gesetz. Aus der marxschen Möglichkeit wurde historische Mechanik: Die Produktivkraftentwicklung treibt die Gesellschaft auf den Kommunismus zu. Im Umkehrschluss bedeutete das: Da Befreiung nur auf höchstem industriellen Stand möglich ist, muss die sozialistische Gesellschaft den technisch-industriellen Sprung in nachholender Entwicklung forcieren. Die Gewalttätigkeit des Stalinismus war in diesem Zusammenhang nur folgerichtig. Immerhin war die industrielle Modernisierung nicht nur in der UdSSR, sondern auch in bürgerlichen Gesellschaften oft ein gewalttätiges, teilweise sogar terroristisches Projekt (Bsp. Armenhäuser im 19.Jh. oder die ostasiatischen Entwicklungsdiktaturen im 20.Jh.). In der zweiten Hälfte des 20.Jh. formierten sich aber auch starke antideterministische Gegenbewegungen, die Entwicklungsvorstellungen und teilweise auch das Naturverhältnis zu hinterfragen begannen. Dabei überlagerten sich verschiedene Debatten: In der westeuropäischen und nordamerikanischen Linken schlug die Frankfurter Schule eine alternative Marx-Lektüre vor, in der Naturverhältnis und Kritik der instrumentellen Vernunft eine zentrale Rolle einnahmen. Die Grundlage für diesen Perspektivenwechsel legten Horkheimer und Adorno bereits in der „Dialektik der Aufklärung“, in der sie u.a. anhand des Odysseus-Mythos veranschaulichten, wie das listenreiche bürgerliche Subjekt Fortschritt als eine Erweiterung des Herrschaftswissens begreift und gleichzeitig Natur und Weiblichkeit als zu unterwerfendes „Anderes“ setzt. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen kam es auch zu einer Wiederentdeckung des jungen Marx‘ und dessen Pariser Manuskripten, in denen die Entfremungskritik – verstanden als Entfremdung des Menschen von seinem Produkt, der Gesellschaft und der Natur – im Mittelpunkt steht. In Südeuropa, v.a. in Italien, waren es in den frühen 1960er Jahren neue Arbeiterkämpfe, die ein theoretisches Interesse an Arbeitsorganisation und Entfremdung begründeten. Unter den süditalienischen

Inlandsmigranten hatte sich eine neue politische Subjektivität entfaltet, die den gewerkschaftlichen Lohn- und Verteilungskämpfen fremd gegenüberstand und die fordistische Fabrik als solche als Gegner betrachtete. In diesem Kontext entwickelten italienische MarxistInnen auch eine radikale Technikkritik. Das Fließband wurde als Strategie interpretiert, mit deren Hilfe das Kapital die Belegschaften ihrer Autonomie berauben und die Arbeit hierarchisch steuern kann. Das bedeutete im Umkehrschluss, dass es – anders als von Lenin postuliert – keinen sozialistischen Taylorismus¹ geben könne. Eine revolutionäre Gesellschaft müsse sich jenseits der bestehenden Technik entwickeln und die kapitalistischen Arbeits- und Lebensprozesse als solche auf den Kopf stellen.

Diese These wiederum schien sich mit den Positionen maoistischer und guevaristischer Linker im Süden zu decken², die die Möglichkeit eines eigenständigen Wegs zum Kommunismus postulierten. Was nach Entwicklungskritik klang und von europäischen Linken auch so (miss-)verstanden wurde, war in erster Linie jedoch innerkommunistischen Strategiekonflikten geschuldet. Da der Sowjetmarxismus davon ausging, dass Entwicklungsstadien historisch determiniert sind, setzten moskautreue Kommunisten in der ganzen Welt auf Reformbündnisse mit nationalen Entwicklungsbourgeoisien. Damit gerieten sie in Konflikt zu dem maoistischen und guevaristischen Revolutionsmodell, das den Aufbau von Guerillagruppen propagierte und von der Möglichkeit überzeugt war, die bürgerliche Phase überspringen zu können. Der Maoismus formulierte in Abgrenzung zum großindustriell strukturierten Sowjetmarxismus die Notwendigkeit eines eigenen, stärker bäuerlich geprägten kommunistischen Wegs.

Das Primat der Politik und der Irrsinn der Ideologie

Die verschiedenen Ansätze der Technik- und Mo-

1 Als Fordismus wird ein auf Massenproduktion und -konsum beruhendes Akkumulationsmodell bezeichnet. Der Begriff Taylorismus beschreibt eine Arbeitsorganisation, in der Handlungen und Bewegungen der Belegschaft „wissenschaftlich-effizient“ gestaltet werden.

2 vgl. Debatte in: Bettelheim/Castro/Guevara 1969

dernismuskritik mündeten jedoch nicht minder in der Sackgasse als der traditionsmarxistische Technikfetischismus. In der europäischen und nordamerikanischen Neuen Linken gewannen anthropologische Vorstellungen von „Ursprünglichkeit“ die Überhand, die – vom bürgerlichen Diskurs des „freien Wilden“ kaum zu unterscheiden – die Subsistenzformen von Indigenen, Dorfgemeinschaften, Roma etc. idealisierten und bruchlos an die Esoterik anschlussfähig waren.

Noch dramatischer verlief die Geschichte des Maoismus. Auch wenn es diesem nie um ein alternatives Naturverhältnis, sondern um eine Veränderung der Beziehungen von Stadt und Land sowie von Kopf- und Handarbeit gegangen war, illustriert seine Geschichte doch, was geschehen kann, wenn auf ideologischer Grundlage alternative Entwicklungswege definiert werden. So versuchten die Revolutionsführer im maoistischen China und im Kambodscha der Roten Khmer, die kapitalistische Moderne durch eigene Fortschrittsparadigmen zu ersetzen. In China bspw. propagierte man während des „Großen Sprungs nach vorn“ (1958-1961) die Möglichkeit einer dezentralen, nicht-fordistischen Entwicklung, ließ Stahl in Hinterhof-Öfen kochen und stellte die landwirtschaftlichen Anbaumethoden radikal um. Die Kampagne war ein völliges Fiasko und zog schwere Hungersnöte nach sich. Noch drastischer war die Entwicklung in Kambodscha: Hier führte der Kampf gegen die hierarchische Trennung von Kopf- und Handarbeit zur Zwangsumsiedlung der Stadtbevölkerung und zu einer wahren Hexenjagd auf Intellektuelle. Das Primat der Politik schlug in offenen Terror um.

Betrachtet man diese Entwicklung von Fortschritts- und Modernismuskritik, so wird nachvollziehbarer, warum deutsche Linke – besonders prominent Dath (2008) oder Dath/Kirchner (2012) – inzwischen wieder ungebrochen technikfreundlich argumentieren. In „Implex“ insistieren Dath und Kirchner auf der marxischen Unterscheidung zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, sprich zwischen technischer Innovation und gesellschaftlichen Verhältnissen. Simpel ausgedrückt: Nicht die Pharmatechnik ist das Problem, sondern ihre profitorientierte Aneignung durch das Kapital.

Doch die neoleninistische Volte beantwortet die Frage, in welchem Verhältnis Technik, Entwicklung, Herrschaft und Emanzipation denn nun eigentlich stehen, nicht wirklich. Was bei Antibiotika noch einleuchten mag (allein, dass es sie gibt, ist ein gewaltiger emanzipatorischer Fortschritt), wird beim Thema Gentechnik schon komplizierter. Es gibt eben durchaus Wissen, das strukturell, also auch jenseits der profitorientierten Aneignung, Herrschaftswissen ist.

Fortschritt ohne Entwicklung?

Was hat die Modernismuskritik nun aber mit dem grünen Sozialismus zu tun? Meine These wäre, dass eines der zentralen Probleme des Staatssozialismus (ebenso wie des „Sozialismus des 21.Jh.“) darin bestand, dass er kein eigenes Entwicklungsmodell (vielleicht auch Nicht-Entwicklungs-Modell) hervorbrachte. Der Sowjetmarxismus kopierte das kapitalistische Akkumulationsmodell einschließlich dessen energetischer Basis, Konsumverständnis, tayloristischer Arbeitsorganisation und utilitaristischen Naturverhältnisses. Andererseits scheiterten aber auch die Versuche, sich aus dieser Umklammerung zu befreien. Die neulinke Entfremdungskritik postulierte, zumindest implizit, einen Begriff der „Eigentlichkeit“, der eine vermeintlich menschliche Natur zum Ausgangspunkt nahm: Wenn die Verhältnisse „entfremdet“ sind, dann muss es auch einen „Naturzustand“ geben, zu dem es zurückzukehren gilt. Die Experimente hingegen, auf ideologischer Grundlage alternative Entwicklungsvorstellungen zu formulieren, mündeten – wie im Maoismus – in voluntaristischem Erziehungsterror.

Wo also neu ansetzen? Zunächst einmal scheint mir der marxische Entwicklungsoptimismus doppelt widerlegt. Die in der technischen Entwicklung angelegte Möglichkeit der Emanzipation (in Daths/Kirchners Worten: „des sozialen Fortschritts“) ist geringer als von Marx erhofft. Wissensfortschritt bedeutet unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen eben doch v.a. eine Intensivierung von Herrschaft. Zum anderen, und dieses Argument wiegt vielleicht noch schwerer, stellt sich die Frage, ob es jenen Überfluss, der für Marx das Ende der Ökonomie und damit die Grundlage des Kommunismus einläuten sollte, überhaupt geben

kann. Die natürliche Begrenztheit des Planeten Erde impliziert, dass stoffliche Güter nicht endlos zur Verfügung stehen können.³

Wenn man davon ausgeht, dass *Communismus* eine Aneignungsbewegung ist, in der die Gesellschaft dafür sorgt, dass Arbeitsformen, Lebensgeschwindigkeit, Konsummuster und Naturverhältnis nicht länger vom Zwang zur Kapitalverwertung, sondern in demokratischer Übereinkunft bestimmt werden, dann steht der grüne Communismus vor einem begrifflichen Problem: Die technische Entwicklung hat den Überfluss, den Reichtum für alle, arbeitstechnisch möglich gemacht; die Begrenztheit der Natur jedoch wirft uns auf die ökonomische Frage „Was brauchen wir und zu welchem Preis?“ wieder zurück. In den Verfassungen Ecuadors und Boliviens ist in den vergangenen Jahren ein alternativer Wohlstandsbegriff verankert worden. Als Antwort auf das ökonomisch-alternativlose Enteignungsregime des Neoliberalismus haben sich soziale Bewegungen auf das „gute Leben“ (*sumak kawsay*) besonnen, wie es von indigenen Gemeinschaften propagiert wird (vgl. *LuXemburg* 2/2010). Der ecuadorianische Indígena-Aktivist Floresmilo Simbaña (2012, vgl. Prada 2012) definiert den Begriff folgendermaßen:

- 1) Reziprozität (Sozialbeziehungen, die nicht auf Tausch, aber doch auf ausgleichender Wechselseitigkeit beruhen),
- 2) Gemein(schafts)eigentum,
- 3) die Verbindung mit der Natur (im Gegensatz zur Trennung von Mensch und Natur im modernen Denken),
- 4) soziale Verantwortung,
- 5) Konsens in den Gemeinschaften.

3 Michel Bauwens, Theoretiker der freien Software-Bewegung formuliert die These, dass die Ökonomie deshalb perspektivisch in zwei Teile zerfällt. In der digitalen und Wissenswelt werde sich, so Bauwens, das Prinzip des Teilens durchsetzen; Märkte erfüllten hier ökonomisch keine Funktion mehr. Was die stoffliche Welt angehe, müsse die Gesellschaft hingegen eine Form entwickeln, mit der Begrenztheit von Gütern umzugehen. Diese ökonomische Form müsse wachstumslos, d.h. nicht-kapitalistisch sein.

In der Realität der linksregierten Länder Lateinamerikas spielen diese alternativen Parameter keine echte Rolle. Trotz der ökosozialistischen Rhetorik ist das rohstoffzentrierte, weltmarktorientierte Akkumulationsmodell in Ecuador, Bolivien und Venezuela im letzten Jahrzehnt sogar weiter vertieft worden (vgl. CEPAL 2012: 97). Zudem hat der Begriff des *sumak kawsay* auch konzeptionelle Probleme: Er argumentiert auf der Grundlage traditioneller Gemeinschaften, die erstens auch nicht widerspruchsfrei sind und die es zweitens jenseits der ruralen Welt kaum noch gibt.

Trotzdem scheint es mir erfolversprechend, die Debatte um den grünen Sozialismus mit diesem, aus einer ganz anderen Denktradition stammenden Konzept kurzzuschließen. Denn das Spannungsverhältnis zwischen sozialistischer Fortschrittsbegeisterung und antiimperialer Modernisierungs- und Entwicklungskritik wird sich nicht einfach auflösen. Es ist beides richtig: Marx hatte Recht, wenn er ganz in der Tradition der Aufklärung behauptete, dass gesellschaftliches Wissen überhaupt erst die Befreiung von Mangel und Unmündigkeit ermöglicht. Es stimmt aber eben auch, was antikoloniale Bewegungen und Intellektuelle im Süden (wie z.B. Escobar 2007) betonen: dass nämlich der Entwicklungsdiskurs selbst Teil des imperialen Herrschaftsparadigmas ist. Die Vorstellung, Gesellschaften *müssten* tradierte Formen und Lebensvorstellungen überwinden, ist selbst schon Teil neokolonialer Herrschaft.

Die Herausforderung für einen grünen Sozialismus lautet, eigenständige Ziele von Arbeit, Kooperation und Ökonomie zu formulieren. Wir sollten uns dabei allerdings daran erinnern, zu welchem Horror das „Primat der Politik“ in der Lage ist. Der Maoismus war ja nicht nur deswegen schrecklich, weil er autoritär war, sondern auch weil er den Kommunismus jenseits der stofflichen und sozialen Realität aus dem reinen Willen zur „Andersheit“ begründen wollte.

Wenn man akzeptiert, dass Sozialismus ein radikal-demokratisches Vorhaben ist, dann wird auch klar, welche gewaltigen Konfliktpotenziale die demokratische Verständigung über dieses Projekt birgt. Der Widerspruch zwischen der sozialistischen Forderung nach größerer materieller Teilhabe und dem ökologischen Verständnis, dass sich der stoffliche

Konsum der wohlhabenden 30 Prozent der Weltbevölkerung verringern muss, liegt auf der Hand. Dass unsere Lebens- und Kulturvorstellungen von kapitalistischen Verwertungszwängen geformt sind und gerade den stofflichen Konsum als Ausdruck von Lebensqualität begreifen, macht die Sache nicht einfacher. Der grüne Sozialismus wird also radikal unterschiedliche Sprachen, Wissensarten und Perspektiven zusammenbringen müssen. Eine einfache Synthese, in der sich die Widersprüche dialektisch aufheben lassen, wird es nicht geben. Auch das ist Teil der Herausforderung: lernen, die Koexistenz unterschiedlicher Logiken in einem gesellschaftlichen Projekt zuzulassen. Wir wollen Reichtum für alle, aber weniger Konsum. Technische Innovation, aber eben auch die Freiheit, tradierte gemeinschaftliche Lebensformen beizubehalten. Stete Veränderung, aber ohne Entwicklung.

Das mag widersprüchlich sein, ein Hybrid – aber mit Sicherheit realistischer als Kapitalismus ohne Wachstum, als globale Inwertsetzung ohne Naturzerstörung.

Literatur

- Bettelheim, Charles, Fidel Castro, Ernesto Guevara u.a., 1969: *Wertgesetz, Planung und Bewusstsein – Die Planungsdebatte in Cuba*, Frankfurt/M
- Binswanger, Hans-Christoph, 2006: *Die Wachstumsspirale*, Marburg
- CEPAL (2012): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2011*, Santiago / Chile, <http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/7/45607/LCG2513b.pdf>, 14.8.2007
- Dath, Dietmar, 2008: *Maschinenwinter*, Frankfurt/M
- Dath, Dietmar, u. Barbara Kirchner, 2012: *Der Implex*, Berlin
- Escobar, Arturo, 2007: *La invención del Tercer Mundo*, Caracas
- Prada, Raúl, 2012: El vivir bien como alternativa civilizatoria: Modelo de Estado y modelo económico, in: M.Lang u. D.Mokrani (Hg): *Más allá del Desarrollo*, Fundación Rosa Luxemburg, Quito
- Roesler, Jörg, 2010: *Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal*, in: Supplement Sozialismus 9/2010, Hamburg
- Simbaña, Floresmilo, 2012: El sumak kawsay como proyecto político, in: M.Lang u. D.Mokrani (Hg): *Más allá del Desarrollo*, Quito

Gerichtsurteil verhängt Baustopp des Ilisu-Staudamms

Der Widerstand gegen den zerstörerischen Ilisu-Staudamm kann noch Erfolg haben

Von Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf*



By Numerus Klausus (Image:Hellenistic world blank.png) Copyleft, via Wikimedia Commons

Kaum jemand hatte es erwartet. Den Kampf gegen das Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekt hielten nach dem Baubeginn 2010 und dem schwächelnden Widerstand in Türkisch-Kurdistan und in der Türkei fast alle für verloren und aussichtslos. In Heskîf (Hasankeyf), Ilisu, Elih (Batman), Istanbul, Wien und Berlin hatten viele ihren Mut und ihre Motivation verloren. So haben einige AktivistInnen sich zurückgezogen oder ihr Engagement zurückgefahren. Diejenigen, die weitermachten, hatten entweder noch den Glauben an einen Stopp oder taten es aus grundlegenden Gewissensgründen. Doch die 14. Kammer des Obersten Verwaltungsgerichts der Türkei in Ankara verhängte am 7. Januar 2013 einen Baustopp für den Ilisu-Staudamm. Dieses Urteil kann man zweifellos als historisch bezeichnet werden. Denn die bisherigen Gerichtsverfahren verliefen im Sande oder wurden abgelehnt. Ebenso ein wichtiges Verfahren im Jahre 2011 vor dem Verwaltungsgericht in Diyarbakir.

Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung lohnt sich immer und grundsätzlich. Je besser durchdacht, vorbereitet und umgesetzt, desto mehr. So wie auch jetzt im Falle des Ilisu-Staudammes, eines der umstrittensten Talsperrenprojekte weltweit.

Das Urteil bestätigt unseren langjährigen Widerstand gegen das Projekt, das den Menschen aus 200 Dörfern die Lebensgrundlage entziehen, die 12.000 Jahre alte Stadt Heskîf (Hasankeyf) und das einzigartige Tigris-Tal bis weit in den Süden Iraks zerstören würde.

Das Verwaltungsgericht folgte mit dem Baustopp der Klage der beiden türkischen Kammern der Architekten und Landschaftsplaner, dass bei der Planung des Projekts die Umweltgesetzgebung nicht berücksichtigt wurde. Denn es fehlt für das 2 Milliarden teure Ilisu-Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach türkischem Gesetz. Wie konnte es überhaupt passieren, dass der türkische



Die Stadt Hasankeyf am Tigris

Foto: Bertilvidet (Wikipedia). Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0

Staat diesen Staudamm über viele Jahre ohne eine UVP planen und umsetzen konnte und dies erst jetzt beanstandet wurde?

Gehen wir einen Schritt zurück. Bis zum Jahre 2011 galt in der Republik Türkei, dass alle vor dem 7. Februar 1993 beschlossenen Investitionsprojekte keine UVP benötigten. Dabei war es egal, wie teuer das Investitionsprojekt war und wie umfassend die Auswirkungen auf Natur, Mensch und Kultur waren. Dies beinhaltete die 1997 beschlossene erste umfassende Umweltgesetzgebung. So war es kein Problem, dass 2007 die türkische Regierung mit dem Ilisu-Konsortium die Verträge des Ilisu-Staudamms unterschrieb und 2010 nach der Sicherstellung einer neuen Finanzierung (im Juli 2009 wurde wie weitgehend bekannt die europäische Finanzierung gekippt) mit dem Bau beginnen konnte.

Im Sommer 2010 klagten die Kammern der Architekten und Landschaftsplaner gegen diese Regelung der Umweltgesetzgebung und bekamen 2011 vom Obersten Verwaltungsgericht Recht zugesprochen. Doch das Ministerium für Umwelt und Forst reagierte darauf mit einem Erlass zum Gesetz zu Umweltverträglichkeitsprüfungen, womit das Ilisu-Projekt von Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgenommen wurde. Etwa ein Jahr später am 4. April 2012 fasste das türkische Ministerpräsidentenamt den Beschluss, auch weitere Staudammarbeiten wie Zufahrtsstraßen zur Baustelle, Stromnetze und Steinbrüche auszunehmen.

Daraufhin haben die Kammern der Architekten und Landschaftsplaner im Mai 2012 ein neues Verfahren eingeleitet und gefordert, dass der Absatz 7 dieser von der türkischen Regierung beschlossenen Regelungen aufgehoben wird und das Ilisu-Projekt gestoppt wird. Anschließend erfolgte das jetzige Urteil.

Über dieses Urteil haben sich Millionen Menschen in der Türkei, Kurdistan und auch Europa gefreut. Denn seit langer Zeit hoffen sie auf einen Hoffnungsschimmer, doch diesen Staudamm mit gravierenden Auswirkungen zu stoppen. Der Anwalt der beiden klagenden Kammern, Emre Baturay Altınok, sagt dazu, dass es sehr wichtig sei, solch einen Be-

schluss erhalten zu haben. Denn ihm zufolge müssten alle Arbeiten rund um den Ilisu-Staudamm gestoppt werden.

Wie zu erwarten, hat die Türkei gegen diesen Beschluss geklagt. Die Bauarbeiten haben nach unseren Informationen zwar deutlich abgenommen, aber sie gehen weiter. Die verantwortliche Behörde DSI (Staatliches Wasseramt) hat in einer Erklärung diesen Gerichtsbeschluss heruntergespielt, womit die immer noch andauernden Bauarbeiten besser zu erklären sind.

Unsere Initiative wird zweifellos alles tun, damit dieser Beschluss umgesetzt wird. Die Föderation der Ingenieurs- und Architektenkammer TMMOB hat im Namen unserer Initiative eine erste Erklärung abgegeben und begonnen, die lokalen Bauaktivitäten genauer zu beobachten. Die Kläger der Kammern für Architekten und Landschaftsplaner haben auch angekündigt, dass sie von Ankara aus Druck ausüben werden. Auch andere Akteure sind aufgestanden und bemühen sich, einen Druck auf die türkische Regierung und das Ilisu-Konsortium aufzubauen.

Auch bei anderen Projekten wie dem Yortanlı-Staudamm, der 2011 das antike Bad Allianoi überflutete, ignorierte oder umging die Regierung zahlreiche Gerichtsurteile. Nun hat sie sieben Tage Zeit, gegen den Beschluss des Baustopps für den Ilisu-Damm Berufung einzulegen.

Was für Konsequenzen hat es denn, dass eine UVP fehlt?

Zunächst einmal: Das Ilisu-Konsortium hat für die europäischen Exportkreditagenturen 2005 eine sogenannte „Umweltverträglichkeitsprüfung“ durchgeführt, damit die beteiligten europäischen Unternehmen bei ihren Regierungen Anträge auf Exportkredite stellen können. Diese UVP hatte erstens große Schwächen und erfüllte nicht alle Standards einer international üblichen UVP und wurde zweitens nicht nach türkischem Gesetz durchgeführt. Somit konnte niemand in der Republik Türkei dagegen klagen oder Einwände einbringen.

Wenn die türkische Regierung und das Ilisu-Konsortium korrekt und dem Gesetz entsprechend vorgehen, müssten sie nun eine neue UVP durchführen. Die Durchführung allein selbst benötigt im Idealfall ein Jahr, mit Vorbereitung eineinhalb. Dann würde es mindestens ein Jahr für die Zeit der öffentlichen Bekanntgabe, Kommentierung und ihre Abwägung dauern. Insgesamt müsste alles im Normalfall 2-3 Jahre dauern. Es kann aber auch sehr

gut sein, dass das Ilisu-Konsortium die „UVP“, die den europäischen Exportkreditagenturen vorgelegt wurde, nur etwas anpasst und einreicht.

Im Jahr 2009 hatten die Regierungen Deutschlands, der Schweiz und Österreichs Exportbüroschaften für das Projekt zurückgezogen, da die türkische Regierung Auflagen, die das Vorhaben mit internationalen Standards in Einklang bringen sollten, nicht erfüllte. Der österreichische Anlagenbauer Andritz und Schweizer Consultants verblieben dennoch im Projekt und treiben es voran. Nach dem jetzigen Gerichtsurteil dürften die europäischen Unternehmen endgültig nicht mehr die Augen davor verschließen, dass sie sich an einem Rechtsbruch beteiligen und müssen daraus Konsequenzen ziehen.

* Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf wurde im Jan. 2006 in der betroffenen Region gegründet und umfasst über 80 Organisationen aus dem betroffenen Gebiet, darunter auch die Regionalverbände von TMMOB und andere Berufsorganisationen, Kommunen, verschiedene NGO's und Gewerkschaften. Sie hat die website: www.hasankeyfgirisimi.com

Debakel in Doha: NGOs ohne Biss

von Philip Bedall und Achim Brunnengräber

Seit der UN-Konferenz von Kopenhagen im Jahr 2009 steckt der globale Klimaschutz in einer tiefen Krise. Dafür sind längst nicht mehr nur die Regierungen, sondern auch die involvierten NGOs verantwortlich. Den Ursachen des Scheiterns und möglichen Auswegen widmen sich die Politikwissenschaftler Philip Bedall und Achim Brunnengräber.

So deutlich wie in Doha haben sich selten die Handlungsgrenzen multilateraler, auf Konsens zielender internationaler Politik gezeigt. Während die Welt zielstrebig auf eine Erwärmung von vier Grad Celsius zusteuert, sind die UN-Klimaverhandlungen substanzlos geworden. Darüber kann auch die Verlängerung des Kyoto-Protokolls bis 2020 nicht hinwegtäuschen, im Gegenteil: Der wachsenden Notwendigkeit für einen wirksamen Klimaschutz stehen scheinbar unauflösbare Interessenkonflikte gegenüber.

Diese speisen sich nicht nur aus der Klimapolitik, sondern auch aus drei externen „Effekten“: den Machtverschiebungen im internationalen Sys-

tem (insbesondere aufgrund des Erstarkens der Schwellenländer), der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise sowie den nationalstaatlichen Interessen einer wettbewerbsorientierten Energiepolitik, die mit einer anspruchsvollen Klimapolitik nicht mehr vereinbar sind. In der Summe haben diese drei Effekte eine Marginalisierung und Renationalisierung der Klimapolitik zur Folge.

Für viele Expertinnen und Experten kann die nötige Innovation daher nur noch von umweltfreundlichen und fortschrittlichen Staatenbünden ausgehen. Anders als in den Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen, die dank des gültigen Konsensprinzips 192 Staaten unter einen Hut bringen müssen, könne in solchen überschaubaren Bündnissen schneller Einigkeit erzielt werden.

Warum sind aber solche Koalitionen der Willigen bisher nicht zustande gekommen? Die Antwort liegt auf der Hand: In der Realität der internationalen Klimapolitik sind es gerade die vermeintlichen (ehemaligen) Vorreiter, die am meisten zur Rena-



Foto: Adopt a Negotiator (CC BY-ND 2.0)

tionalisierung beitragen und gar kein Interesse an derartiger „Staatenbündelei“ haben. Das Gleiche gilt für G 20 und die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), die noch nie mit Forderungen nach weitreichendem Klimaschutz aufgefallen sind. Wenn aber nicht die Staaten und deren Koalitionen neuen Wind in die Klimapolitik bringen können, wer kommt dann dafür noch in Frage?

»Viele der zivilgesellschaftlichen Akteure sind mit dem herrschenden Klimaregime inzwischen regelrecht symbiotisch verbunden.«

Besinnt man sich auf die Demokratie als die Herrschaft des Volkes, so geraten notwendigerweise andere, zivilgesellschaftliche Kräfte in den Blick. Tatsächlich wird die Zivilgesellschaft gerne als neuer Impulsgeber gefeiert. Doch wird sie dieser Rolle auch gerecht? Leider lässt gerade die Klimapolitik daran zweifeln.

Dabei steht außer Frage, dass für einen Übergang der Produktions- und Lebensweisen vom fossilis-

tischen zu einem nachhaltigen Entwicklungspfad gerade Auseinandersetzungen auf zivilgesellschaftlichem Feld von zentraler Bedeutung sind. Für die Klimapolitik bedeutet dies, den hegemonialen Konsens über die bisherige gesellschaftliche Regulierung des Klimawandels aufzubrechen. Dieser Konsens versteht den Klimawandel primär als Umwelt- und nicht als sozial vermitteltes Problem und verengt seine Bearbeitung auf Marktmechanismen. Doch leider haben die sozialen Bewegungen derartige Brüche bisher kaum herbeiführen können, im Gegenteil: Viele der zivilgesellschaftlichen Akteure sind mit dem herrschenden Klimaregime inzwischen regelrecht symbiotisch verbunden. Bereits bei der Ausarbeitung der UN-Klimarahmenkonvention vor zwei Jahrzehnten haben sich umwelt- und entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und ihre Netzwerke eingebracht. Und bis heute stellen sie die Mitarbeit in den internationalen Institutionen kaum in Frage.

Stattdessen neigen NGOs zu einem konfliktiv-kooperierenden Verhalten. Zwar weisen sie auf Misserfolg in den Verhandlungsrunden hin, thema-

tisieren die gegenläufigen Interessen der Akteure oder propagieren andere Lösungswege. Fundamentale Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung des Prozesses bzw. der Verfahren äußern sie jedoch selten. Auf diese Weise bestimmt der Wille zur Teilnahme am offiziellen Prozess die Grenzen der politischen Forderungen und Protestaktionen.

Damit reproduzieren NGOs ganz wesentlich den hegemonialen Konsens in der internationalen Klimapolitik, mit dem die bloß selektive Bearbeitung des Klimawandels in seiner marktwirtschaftlichen Ausrichtung gesellschaftlich verallgemeinert wird. Von staatlicher Seite wird ihre Mitarbeit im offiziellen Prozess der internationalen Verhandlungen daher grundsätzlich begrüßt, zumal die zivilgesellschaftliche Teilhabe die demokratische Legitimation der gefällten Beschlüsse erhöht.

»So wirkten die NGOs auch in Doha als ›Legitimationsressource‹ auf einem politischen Feld, das nationale Regierungen dominieren.«

In Doha war diese Symbiose gleich zweifach mit Händen zu greifen: Zum einen wurde das nationale Feld der Zivilgesellschaft von staatlicher Seite (mit)organisiert. Die Einflussnahme der Regierung auf die Demonstrationen, die Einladungspolitik von Nichtregierungsorganisationen aus anderen arabischen Ländern und die zivilgesellschaftliche Agenda war unverkennbar. Klimapolitische NGOs und das Climate Action Network (CAN), das die Klimaverhandlungen von Beginn an begleitet hat, haben damit jedoch offensichtlich keine Probleme. Zum anderen kritisierten NGOs – wie schon bei vielen anderen Klimakonferenzen – die Ergebnisse anschließend massiv. Konsequenzen hinsichtlich der Teilnahme an der Gestaltung der nächsten Verpflichtungsperiode (2013 bis 2020) ziehen sie daraus aber nicht. So wirkten NGOs auch in Doha als stabilisierendes Moment und als bedeutsame „Legitimationsressource“ auf einem politischen Feld, das nationale Regierungen dominieren.¹

¹ Anm. der Redaktion: Der SFV hat den Aufruf von Hans-Josef Fell (Grüne Bundestagsfraktion) zum Boykott weiterer Klimakonferenzen unterstützt.
http://www.sfv.de/artikel/hans-josef_fell_grue-

NGOs sind somit integraler Bestandteil von Staatlichkeit und des zunehmend widersprüchlichen Terrains, das die Klimapolitik prägt. Auch aus diesem Grund scheitern sie daran, zum Impulsgeber für gesellschaftlichen Wandel zu werden. Vielmehr bleiben die klimapolitischen NGOs und ihre Netzwerke gebetsmühlenartig wiederholten Forderungen verhaftet – beispielsweise der nach dem Zwei-Grad-Celsius-Ziel, der Aufstockung der finanziellen Mittel für Anpassungsmaßnahmen oder einer Reform der marktwirtschaftlichen Instrumente.

Es gelingt ihnen damit nicht, den Klimawandel mit den größeren Debatten über gesellschaftlichen Wandel, die Energiewende oder die Post-Wachstumsgesellschaft – sprich mit der Frage nach einer umfassenden Transformation – zu verknüpfen. Im Gegenteil: Obwohl Erfolge im UN-Klimaprozess ausbleiben und neue Politikansätze nicht in Sicht sind, verteidigen sie die institutionalisierten Pfade als alternativlos.

Immerhin haben die gescheiterten Klimaverhandlungen von Kopenhagen bis Doha das internationale Konsensprinzip nun prekär werden lassen und entzaubert. Diese Veränderungen werden auch im zivilgesellschaftlichen Feld vor allem durch soziale Bewegungen und ihre Netzwerke angezeigt.

»Mit neuen Protestformen könnte sich ein neuer Internationalismus entfalten.«

Als Gegenkraft zum CAN hat sich bereits 2007 in Bali das Climate-Justice-Now!-Netzwerk (CJN!) gebildet. Schon im Vorfeld der Kopenhagener Klimaverhandlungen von 2009 erkannte das Klimasekretariat CJN! als einen weiteren sogenannten *Focal Point* der Umwelt-NGOs an. 40 Prozent der Umwelt-NGOs, die von der UN für die Konferenz akkreditiert wurden, gehörten zu CJN!. Damit hat das CAN faktisch seine bisherige „Alleinherrschaft“ in der internationalen Klimapolitik eingebüßt.

Das CJN!-Netzwerk versucht die Defizite der internationalen Politik stärker zu skandalisieren und eine neue Agenda zu entwickeln. Auf diese Weise macht es die lange Zeit vorhandenen Blindstellen in der Klimapolitik sichtbar – insbesondere mit Blick
[ne_bundestagsfraktion_ruft_umweltvereine_zum_boykott_weitere.htm](http://www.bundestagsfraktion_ruft_umweltvereine_zum_boykott_weitere.htm)

auf Fragen nach der globalen Gerechtigkeit und Alternativen zur Marktorientierung.

Zugleich trägt das Netzwerk dazu bei, dass sich auch die Artikulation und die Räume des Protests verändern. In einer Vielzahl von Ländern – primär des globalen Nordens – werden seit 2006 Klimacamps organisiert, internationale Zeltlager, die als Orte politischer Debatte und Aktionen zivilen Ungehorsams gegen zentrale Treibhausgasemittenten dienen.

Darüber hinaus fanden im Anschluss an die Klimakonferenz in Kopenhagen weltweit basisorientierte Zusammenkünfte statt, sogenannte *People's Assemblies on Climate Justice*, die für einen klimagerechten Gesellschaftswandel streiten. Den Klimawandel verstehen die Aktivistinnen und Aktivisten hier als eine sozial-ökologische Krise und als Teil der Energiekämpfe; sie greifen aus diesem Grund auch Fragen der Machtverhältnisse, der Emanzipation, der Gerechtigkeit oder des Lebensstils auf.

Einige der Aktivistinnen und Aktivisten dieser neuen Protestformen fordern gar, den UN-Prozess aufzugeben. Sie hoffen, auf diese Weise den hegemonialen Konsens, der die internationale Klimapolitik prägt, zu durchbrechen. Jedoch führt die umfassende Ablehnung der gegenwärtigen Klimapolitik auch dazu, dass die Bewegungsakteure während der Klimaverhandlungen nicht mehr wahrgenommen werden. Die – vor allem medial vermittelte – Deutungshoheit haben dort weiterhin die etablierten NGOs.

Dass sich auch dies ändern muss, ist offensichtlich: Denn die bei internationalen Verhandlungen vertretenen Organisationen stellen ohnehin keine repräsentative Auswahl dar. NGOs aus dem globalen Süden sind gegenüber denen aus dem globalen Norden eindeutig in der Minderheit. Speziell im Feld der Konferenz-NGOs gibt es somit keine Kooperation unter Gleichen. Vielmehr dominieren hier ressourcenstarke westeuropäische und nordamerikanische NGOs, die in der internationalen Politik oft advokatorisch für jene Betroffene ihre Stimme erheben, die an den Verhandlungen nicht teilnehmen können.

»Für eine Demokratisierung der Klimabewegung und einen radikalen Wandel der Klimapolitik!«

Mit den neuen Protestformen könnte sich dagegen ein neuer Internationalismus entfalten, der die Eigenständigkeit der Akteure als politische Subjekte betont – gegen den herrschenden Paternalismus. Hierfür stehen die zahlreichen Aktivitäten der im Netzwerk La Via Campesina zusammengeschlossenen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern oder die Vielzahl von Klimacamps und anderen Initiativen. Dabei zeigen die Akteure keine einseitige Solidarität mit Unterdrückten, sondern beziehen sich solidarisch aufeinander sowie auf die unterschiedlichen, zumeist lokalen Kämpfe.

Auf diese Weise streben die neuen Bewegungen danach, als demokratisch organisierter Souverän anerkannt zu werden. Tatsächlich machen sie – das zeigte bereits die Occupy-Bewegung – offene und transparente Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowie den Abbau patriarchaler Herrschaft unmittelbar erfahrbar. Und umso mehr sich die Camps, Kampagnen und Versammlungen der Norm einer demokratischen Ordnung annähern, desto deutlicher weisen sie auf das demokratische Vakuum in der internationalen (Klima-)Politik hin.

Dennoch hat sich in den vergangenen Jahren die politische Wirkmächtigkeit zivilgesellschaftlicher Kräfte kaum erhöht. Vielmehr sind Impulse für eine Transformation der Gesellschaft ausgeblieben; nur in Ansätzen ist es der Bewegung gelungen, den Klimawandel als Folge der kapitalistischen Konsum- und Produktionsbedingungen zu skandalisieren.

Für die Klimabewegung ist somit die Frage entscheidend, wie sie an politischer Relevanz gewinnen kann, um die vorherrschende selektive Bearbeitung des Klimawandels radikal zu verändern und die Klimapolitik zu demokratisieren. Eine längerfristige gesellschaftliche Mobilisierung von unten, die sich thematisch breiter verortet, scheint hierzu unerlässlich – da Klimapolitik auch Energie-, Verkehrs- oder Agrarpolitik umfasst. Nur so können zivilgesellschaftliche Akteure gegen-hegemoniale Kraft entfalten und endlich wieder frischen Wind in die Debatte um den Klimawandel bringen.

(aus: »Blätter« 2/2013, Seite 35-38)

Spitzbergen

Von Marko Ferst

Arche im ewigen Eis
so hoch über Null
das niemals Fluten
sie durchspülen

Pflanzen
Samen über Samen
soweit die Kisten reichen
für den Fall aller Fälle
gesammelt

Am Klimaruder ziehen wir
bis die letzten Sicherungen
ausklicken

Niemand weiß
ob nicht vielleicht doch
ein Irrer kommt
der mit roten Knöpfen
austestet

Doch wer wird finden
wenn sich verzogen hat
die apokalyptische Dynastie
wenn die neue Steinzeit
Einzug hält?

Es fehlen nicht nur
gängige Festplatten
die Netze der Zivilisation
Weizen, Gerste, Reis
so lässt sich der Hunger
vielleicht besiegen

Wo ist die Eis-Arche
für die Bäume, Gräser, Blumen
und all die Spuren
die fehlen werden
im Staubland?

Was wird sein
wenn das Grönlandeis
auseinander gleitet?
Wann fangen wir
an in Ostantartika
Tunnel zu legen
am richtigen Platz?

Aber wer wird noch Schiffe führen
wenn alles niedergetrampelt ist
sich nur noch
versprengte Reste sammeln
wir in Erdlöchern wohnen?

2008, 3/2009

Erneuerbare Energie ist mehr als Strom

Von Roland Schnell

Das neue Selbstbewußtsein der Branche der Erneuerbaren Energien zeigte sich beim alljährlichen Neujahrsempfang ihres Bundesverbands BEE, zu dem am 17. Januar 2013 über 1.000 Vertreter aus Politik und Wirtschaft in das maritim art hotel nach Berlin eingeladen wurden. In seiner Rede verwies der Bundesumweltminister Peter Altmeier (CDU) stolz darauf, daß schon ein Viertel der Energie aus regenerativen Quellen gewonnen wird.

In seinem Beitrag, aber auch bei der Podiumsdiskussion und in der Ansprache von Dietmar Schütz, dem Präsidenten des BEE, ging es mehr oder weniger immer nur um elektrischen Strom: Netzausbau um den Süden aus Off-Shore-Windkraftanlagen zu versorgen, Einspeisevergütung, Priorisierung erneuerbarer Energie beim Netzzugang, usw.

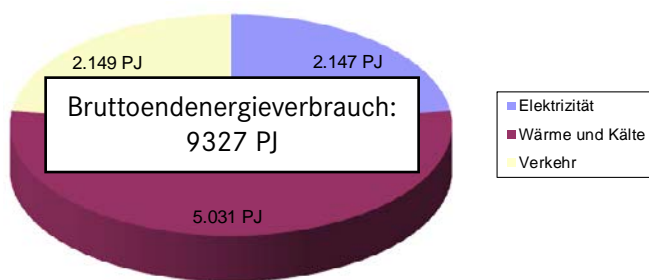
Lobby der erneuerbaren Stromproduzenten

Das erklärt sich aus der Geschichte des Verbands, in dem die Solar- und Windbranche den Ton angegeben hat. Bei einem Gespräch am Büffet beklagte sich der Vertreter der kleinen Wasserkraft-Anlagen (www.wasserkraft-deutschland.de), daß schon sie kaum wahrgenommen würden, und sich die großen Wasserkraft-Betreiber aus den Energieversorgungsunternehmen über ihre eigene Lobby Gehör verschaffen würden.

Aber Wasserkraftwerke produzieren wie Solar- und Windkraftanlagen nichts außer Strom. Dennoch ist ihre Wechselwirkung mit der Umwelt nicht zu vernachlässigen. Gewässer haben vielfältige Funktionen, die mit der Energieerzeugung unter einen Hut zu bringen sind: Trink- und Kühlwasser, Fischerei, Erholung, Artenschutz. Eine Multifunktionalität, die bei Ingenieuren und Investoren unbeliebt ist, weil sie die Sache nur kompliziert macht.

Das ist eine Parallele zur Biomasse, wo das Stromfixierte Effizienzdenken, vor allem bei Biogasanlagen zu verheerenden Ergebnissen geführt hat. Man sollte nie vergessen, daß die Biogastechnik in Deutschland einst aus einer Protestbewegung heraus entstanden ist. Bauern in Hohenlohe haben gegen eine Teststrecke von Daimler-Benz protes-

tiert und daraus hat sich unter anderem die „Bundschuh-Biogas-Gruppe“ entwickelt, die zwar heute noch Mitglied im BEE ist, aber gegenüber dem Fachverband Biogas als Vertreter der industriellen Großtechnik kaum Gehör findet.

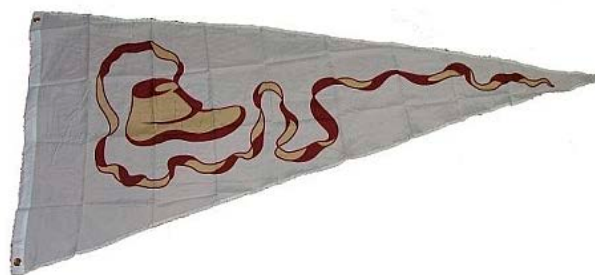


Energieverbrauch BRD 2010

Pioniere mit weitem Horizont

Es waren Landwirte in einer Gegend, die schon in den Bauernkriegen als rebellisch aufgefallen sind. Ihr Feldzeichen, der Bundschuh als bäuerliche Fußbekleidung, wurde auch gegen Ende des 20. Jahrhunderts wieder als Logo reaktiviert. Denn schon in den 70er-Jahren, als der heutige Ministerpräsident Winfried Kretschmann an der Universität in Stuttgart-Hohenheim studierte, hatten sich Studenten für die Erinnerung an die Bundschuhfahne des „Armen Konrad“ starkgemacht. Die Fahne wurde später zum Symbol des Widerstands gegen die Flughafenerweiterung und den Messebau auf den Fildern südlich von Stuttgart.

Wie die schwäbischen Bauern nun einmal veranlagt sind, wollten sie nicht nur „gegen etwas“ sein, sondern praktische Alternativen entwickeln. Die Keimzelle des Bio-Landbaus ist hier zu finden



Die Fahne

und seit Jahren wird das Schwäbisch-Hällische Landschwein von Gourmets als Alternative zu den armen Schweinen aus der Massentierhaltung geschätzt und wird jährlich bei der „Grünen Woche“ in Berlin gezeigt. Aufgezogen und gemästet werden die Tiere allein Futter aus der Region, das nicht gentechnisch modifiziert sein darf, und ohne Masthilfsstoffe. Die putzigen Ferkel werden in Berlin dann vom Oberstufenzentrum Agrar in Zehlendorf im Rahmen der Ausbildung aufgezogen.

Die Bauern erkannten, daß sie auf ihrem Hof schon alles hatten, was man braucht um ein Kraftwerk zu betreiben, vor allem viel Mist. Die ersten Biogasanlagen in den 1980er und 1990er Jahren wurden in einer Weise gebaut, über die heute die Nase gerümpft wird. Die Einzelteile kamen vom Schrott, etwa alte Öltanks, oder vom Sanitärbedarf. Der Bauherr hat selbst Hand angelegt und bekam Hilfe von Kollegen, die auch bauen wollten oder schon gebaut hatten und nun ihr Wissen weitergeben konnten. Studenten, die auch mal etwas Praktisches machen wollten, wurden auf dem Heuboden einquartiert.

Selbst der Fachverband Biogas hat seine Wurzeln in dieser Szene und erwuchs vor allem kleineren Landwirten in Bayern und Baden-Württemberg, sowie eine abzählbare Menge von Kollegen aus Norddeutschland, mit denen man sich entgegen allen Vorurteilen prächtig verstanden hat.

Ein Demeter-Landwirt mit Visionen

Einer der Pioniere war der Demeter-Landwirt Erich Holz. Er rechnete jedem vor, daß er in seiner Biogasanlage im Jahr soviel Strom erzeugt und ins Netz eingespeist hat, wie er für seinen Fendt und seinen Daimler an Treibstoff zukaufen mußte. Aber das hat ihm keine Ruhe gelassen. Für seinen Traktor wollte er Ölpflanzen anbauen und den Presskuchen als Eiweißfutter für seine Kühe nutzen. Ein Visionär, der seiner Zeit weit voraus war. Heute, Jahrzehnte später, wird dieser Gedanke im Projekt AgrarAntrieb (<http://agrarantrieb.de/>) unter dem Motto „Wir füttern unsern Traktor selber“ von der EuroNatur Stiftung propagiert.

Für diese Pioniere war die Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft immer präsent, ohne daß dazu wissenschaftliche Studien



angefertigt werden mußten. Clevere Umnutzung von handelsüblichen Produkten oder die Wiederverwertung von Altmaterial war Programm. Heute werden solche Tugenden wieder beim „Urban Gardening“ geschätzt, wenn Getränketüten als Blumentopf genutzt werden.

Aber je mehr der konventionelle Wissenschaftsbetrieb bei Biogas Blut geleckt hatte und je mehr sich Behörden, Kontrollinstanzen, wie der TÜV, landwirtschaftliche Berater, wie KTBL, und die Politik eingeschaltet haben, umso mehr verengte sich der Blick. Es mußte gemessen, überwacht und protokolliert werden und das einfachste Meßinstrument war der Stromzähler, dessen Anzeige proportional zur Vergütung auf dem Konto war.

Den Bauern auf ihren abgelegenen Höfen war es auch um die Wärme gegangen, die bei der Verstromung von Biogas zwangsläufig anfällt. Im Winter waren Wohnhaus und Melkstand geheizt und für den Sommer suchten sie intelligente Nutzungen, etwa das Trocknen von Getreide oder Holz. Letztlich gehen die vielgerühmten Bioenergiedörfer auf diese Ansätze zurück, aber es ist ihnen nicht leicht gemacht worden.

Weil das Thema Bioenergie inzwischen etabliert ist, wird gerne verdrängt, mit welchen absurden Konstruktionen die Entwicklung teilweise behindert wurde. Ein ganz fundamentales Hemmnis ist die Tatsache, daß viele Fragen über eine Gesetz, das Erneuerbare Energien Gesetz, geregelt werden sollen, das seinem Wesen nach als ein reines Stromgesetz für Wind und Photovoltaik begonnen hat. Es wurde auf Biomasse und Biogas erweitert ohne die Konsequenzen zu überblicken. Die Väter und Müt-

ter des EEG hören das nicht gerne. Aber die Tatsache, daß die Regelungen immer komplizierter werden und jede Novellierung augenblicklich Scharen von Rechtsanwälten auf den Plan ruft, sollte zu denken geben. Jede gut gemeinte Verordnung, die Klarheit schaffen soll, erhöht die Verwirrung weiter.

Ungleichbehandlung bei der Zertifizierung der Rohstoffe für Tank oder Teller

Allmählich ist auch einigen Leuten aufgefallen, daß bei der Zertifizierung von Einsatzstoffen zur energetischen Nutzung Maßstäbe angelegt werden, die weit über das hinausgehen, was für Lebensmittel oder Kosmetika gefordert wird. Die leidige „Tank - Trog - Teller“-Debatte sollte gezeigt haben, daß hier ein Geflecht vorliegt, dessen Komplexität gerne unterschätzt wird. Wenn man gedacht hat, durch die Auswahl von Pflanzen, die definitiv nicht als Nahrung geeignet sind, dem Konflikt ausweichen zu können, fällt einem die indirekte Landnutzungsänderung (ILUC) auf die Füße. Zu allem Überfluß wird man mit Modellrechnungen bombardiert, die wissenschaftlich nachweisen wollen, daß die Nutzung von Biomasse als Energieträger ohnehin von Übel ist. Nun müssen schon die Emissionen der Treibhausgase auf dem Feld berücksichtigt werden.

Das hat aber auch seine guten Seiten. Durch die Veröffentlichung solcher Ergebnisse wird deutlich, welche verheerende Klimabilanz die industriell betriebene Landwirtschaft hat. Auf dieser Grundlage kann man dann zur Gestaltung von Ökosystemen kommen, die gleichzeitig Nahrung, Futter und Energie liefern. Jede Pflanze enthält das Potenzial einer Vielnutzung. Nur ein gewisser Anteil ist eßbar. Im Wurzelwerk wird Kohlenstoff festgelegt. Nicht eßbare Teile können als Bau- und Werkstoff genutzt werden. Oder auch als Energieträger. Das alles setzt eine komplexe Betrachtungsweise voraus. Unter dem Stichwort „Bioraffinerie“ gibt es Ansätze dafür, inzwischen auch in Deutschland.

Allerdings ist das, was vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zu diesem Thema konzeptionell erarbeitet (<http://www.bmbf.de/de/6164.php>) wurde, viel zu sehr auf die Interessen und Denkmuster der Chemischen Industrie ausgerichtet und hat gewaltige Defizite bei der Verbindung

zur Ökologisierung der Landwirtschaft. Natürlich giert die Chemie neuerdings wieder nach großen Mengen standardisierter Biomasse, wie man es von Zucker, Mais, Palmöl oder aus Kurzumtriebsplantagen kennt. Sie tut sich schwer mit kleinteiligen Konzepten und Mischkulturanbau.

Hier stehen sich wieder mal der „Bottom up“-Ansatz der Pioniere und Visionäre und der „Top Down“-Ansatz der Bundesregierung als ausführendes Organ der Wirtschaft gegenüber. Beim Neujahrsempfang des BEE war infolgedessen auch mehr davon die Rede, daß die Investition in riesige Off-Shore-Windparks durch verlässliche Rahmenbedingungen gesichert werden müßten, als vom Zusammenwachsen von Bioenergiedörfern, Energiegenossenschaften und kommunalen Energieversorgern, die auch von der Partei „Die Linke“ gefordert werden.

Hintergrund

Gestern, am 17. Januar 2013 fand im Maritim art Hotel in Berlin der Neujahrsempfang des BEE Bundesverband Erneuerbare Energie mit über 1.000 eingeladenen Gästen statt. Das gewachsene Selbstbewusstsein in der Branche der erneuerbaren Energien zeigte sich in diesem Jahr daran, daß Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) als Gastredner eingeladen war.

Mehrere Dutzend Politiker aus dem Deutschen Bundestag und den Länderparlamenten waren der Einladung gefolgt und konnten nach dem offiziellen Teil mit Vertretern von Verbänden und Unternehmen diskutieren.

Ganz klar im Vordergrund standen Fragen des Netzausbaus, aber in erster Linie beim Stromnetz, und die Umgestaltung der Förderung bei den Erneuerbaren Energien (vor allem das EEG). Es wurde zwar immer wieder auf die Bedeutung der Wärme aus Biomasse und die Mobilität hingewiesen, wo die Energie aus Wind und Sonne nur indirekt betroffen ist. Hier kann zwar nach wie vor die Biomasse punkten, das wurde aber nicht thematisiert. In der Rede von Umweltminister Altmaier ist der Hinweis auf die neue Rolle von Biogas als speicherbare Regelenergie zu vermerken, was erwartungsgemäß Konsequenzen für die Konzeption und Prozessführung von Biogasanlagen haben wird.

In der Podiumsdiskussion gab es, soweit es die Seite des elektrischen Stroms betraf, wenig Differenzen. Lediglich Prof. Hubert Welger, vom Bund Naturschutz (BUND) verwies darauf, daß die Akzeptanz von Biogasanlagen durch die schmale Rohstoffbasis (Mais) gelitten habe und die Aspekte von Natur- und Landschaftschutz auch mit Abstri-

chen bei der Effizienz mehr berücksichtigt werden müßten. Die Vertreter der Bioenergie- und Biogas-Branche traten kaum in Erscheinung. Lediglich der Fachverband Biogas war als einer der Hauptsponsoren des Abends mit seinem Logo präsent, während die Bierbar unter anderem mit dem „Windbier“ der Messe Husum bestückt war.

Elektroautos – Rettung aus der Energiekrise oder kindliche Hoffnung?

Gereon Janzing

In den letzten Jahren hört und liest man auf einmal viel von Elektroautos. Bekannt sind sie seit über hundert Jahren. Aber nie zeigte die Autoindustrie Interesse an ihnen, nicht einmal in der Ölkrise der 1970er Jahre. Als aber im Jahr 2008 die Autoindustrie in eine Krise geriet wegen stark sinkender Absätze, mussten neue Ideen her, um die Kunden zu locken. Und so erinnerte man sich ans Elektroauto – und bewirbt es nun als „sauber“ und „umweltfreundlich“.

Wir wollen einmal die Vor- und Nachteile fernab von ökonomischen Interessen betrachten.

In der unmittelbaren Umgebung ist ein Elektroauto zweifellos sauberer als ein Benzin- oder Dieselauto. So müssen unmotorisierte Verkehrsteilnehmer nicht die Abgase einatmen, für Radfahrer also ein eindeutiger Vorteil. Eventuelle Gifte werden in weiter Entfernung freigesetzt. Außerdem ist es nach Aussage vieler, die es erfahren haben, sehr angenehm zu fahren.

Einige Autoren sagen, die geparkten elektrischen Autos können mit ihren Batterien zur Speicherung elektrischer Energie aus erneuerbaren und unregelmäßigen Quellen dienen. Das ist zweifellos eine gute Idee, sobald die Batterietechnik ausgereifter ist.

Während viele Industrielle und Politiker (und mit ihnen viele unbedarfte Laien) plötzlich völlig euphorisch für das Elektroauto werben, sind die Umweltschützer erst einmal skeptisch. Denn Elektroenergie ist ja nicht prinzipiell so sauber, wie sie dem oberflächlichen Blick erscheint. Sie ist nur so sauber wie ihre Energieerzeugung. Bei einigen Werbeagenten der Elektroautos ist zu mutmaßen, dass die Atomindustrie ihre Finger im Spiel hat. Andere

dagegen betonen, die elektrische Energie solle aus erneuerbaren Quellen stammen. Das ist sicher besser, klingt allerdings so, als wäre Elektroenergie aus erneuerbaren Quellen im Überfluss vorhanden. In Deutschland wurde die „Nationale Plattform Elektromobilität“ gegründet. Über diese gibt es ein informatives Buch von Weert Canzler und Andreas Knie: „Einfach aufladen. Mit Elektromobilität in eine saubere Zukunft“ (Oekom Verlag München). Dieses Buch zeigt klar die Ziele jener Plattform: Die Sorgen betreffen nicht die Umwelt, sondern die Position Deutschlands in der globalen Wirtschaft. Die Hauptangst ist, China könnte mit einem großen Angebot an Elektroautos Deutschland zuvorkommen. Deutschland muss Marktführer sein, alles andere interessiert weniger.

In der derzeitigen Situation der Energiegewinnung setzt ein Elektroauto pro Kilometer mehr Kohlendioxid frei als ein Auto mit Verbrennungsmotor, ganz abgesehen von den verheerenden Folgen der Atomkraft, die in der Kohlendioxidstatistik nicht erscheinen. Man kann natürlich die Autos mit Sonnen- und Windenergie speisen. Oft schön das nur die Statistik, hat aber keinen weiteren Nutzen. Es deutet nämlich alles darauf hin, dass die Entwicklung auf etwas hinauslaufen wird, wie ich es hier vereinfacht darstelle: Ich lasse mir Solarzellen installieren, mit denen ich zunächst meine Waschmaschine betreibe. Dann kaufe ich mir ein Elektroauto, das ich mit dem Solarstrom betreibe. Da dieser nun nicht mehr für die Waschmaschine ausreicht, kaufe ich Atomstrom zu. In der Werbung sage ich nur, dass das Auto mit Solarstrom betrieben wird. Die Bezieher der Werbung denken also,

das Auto sei bezüglich der Energieerzeugung sauber. Sie wissen ja nicht, dass ich wegen des Autos Atomstrom für die Waschmaschine beziehe.

Wir sehen: Aus Umweltschutzgründen ist die Förderung des Elektroautos nur sinnvoll, wenn sie mit einer gleichzeitigen Ausweitung umweltfreundlicher Energien oder (und) einer Reduktion des gesamten Autoverkehrs einhergeht.

Ein Elektroauto hat bei der heutigen Batterietechnik (die sich vermutlich in absehbarer Zeit nicht wesentlich verbessern wird) eine bedeutend geringere Reichweite als ein Auto mit Verbrennungsmotor. Damit wird es vielfach als defizitär wahrgenommen. Die Autoren, die das Elektroauto bewerben, bieten im Wesentlichen zwei Lösungen hierzu. Eine ist, dass ein Elektroauto als Zweit- (oder gar Dritt-) Wagen empfohlen wird. Das käme den Wünschen der Autoindustrie sicher entgegen, ist aber aus Umweltschutzsicht ganz offensichtlich kontraproduktiv. Denn alle Autos, unabhängig von ihrem Antrieb, brauchen in der Herstellung viel Material, viel Energie, viel Wasser. Viel mehr als Fahrräder. Laut Aussage des Verkehrsclubs Österreich (VCO) setzt ein Auto in der Produktion etwa so viel CO₂ frei wie 30.000 (mit Verbrennungsmotor) gefahrene Kilometer. Damit steht außer Zweifel: Elektroautos können aus Umweltschutzsicht nur befürwortet werden, wenn sie die Benzin- und Dieselaautos nicht ergänzen, sondern ersetzen. Elektroautos, die Autos mit Verbrennungsmotor ergänzen, sind bloße Spielzeuge von Leuten, die ihre Zeit nicht besser zu nutzen wissen. Das kann man als Prestigeökonomik klassifizieren (*économie ostentatoire* auf Französisch).

Es bleibt die andere Lösung: Das Auto – als Elektroauto – soll an erster Stelle als Mietauto angeboten werden und als solches das Privatauto ersetzen. Das Mietauto soll Teil eines umfassenden Verkehrskonzeptes sein, das den öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn und im Idealfall auch Fahrräder einschließt. So wird die Gesamtzahl der vorhandenen Autos reduziert – und somit sinkt auch der Flächenverbrauch für Parkplätze.

Im Buch von Canzler und Knie wird ein Konzept dieser Art entwickelt. Eine große Schwäche – die nicht überrascht bei der Beziehung zur Nationalen Plattform Elektromobilität – ist, dass das Konzept sehr national ausgerichtet ist. Es wird nicht erklärt, wie

man von einem Land in ein anderes reisen kann. Das Buch wagt es gar, die Deutsche Reichsbahn der 1930er Jahre – jenes nationalsozialistische Unternehmen, das unzählige Juden und „Zigeuner“ zu den Konzentrationslagern deportierte – zu loben, weil sie Autobahnen baute.

Es ist klar, dass die Mobilität auf Dauer von fossilen Brennstoffen wegkommen muss und dass Biodiesel im großen Maßstab keine Lösung ist. Solarbetriebene Elektroautos können sicher ein guter Schritt sein – in Kombination mit anderen Schritten, die den gesamten motorisierten Verkehr reduzieren und den Spieltrieb der Menschen auf anderes verlagern: verstärkte Orientierung auf lokale Produkte, Förderung von Fahrgemeinschaften und öffentlichem Verkehr, Reduktion der oft vom Auto abhängigen Erwerbsarbeit, Kreation eines Images des Autos als Notlösung mit geringem Prestige – und in allererster Linie ein Ernstnehmen unmotorisierter Fortbewegung. Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) kritisiert die Investitionen ins Elektroauto, weil erst einmal ein guter Ausbau des Radwegenetzes wichtiger sei.

Auch müssen wir im Auge behalten, dass die als sauber gepriesenen Energiequellen dies in Wahrheit nur bedingt sind. So ist etwa hydraulische Energie sicher nicht als umweltfreundlich zu bewerten, wenn sie in Megastaudämmen gewonnen wird, für die viele Quadratkilometer Urwald überflutet und die ansässigen Menschen einfach vertrieben werden. Übers Internet ging das Foto eines Kayapó-Häuptlings um die Welt, der bitter weint, weil er gerade erfahren hat, dass sein Volk wegen eines hydroelektrischen Megaprojekts aus seinem angestammten Gebiet vertrieben und der dortige Urwald dem uneingeschränkten Energiekonsum geopfert wird. Solche zerstörerischen Großprojekte werden mit der unkritischen Ausweitung von Elektroautos natürlich zunehmen.

Zudem werden für Autobatterien die Elemente Lithium und Kupfer benötigt, die etwa in den Anden mit immensem Wasserverbrauch abgebaut werden. Im Falle des Kupfers wird zudem Wasser vergiftet. Das Wasser braucht aber die lokale Bevölkerung zur Bewässerung ihrer Felder sowie als Trinkwasser. Mit der Ausweitung der Elektroautos ist davon auszugehen, dass in stärkerem Maße Ressourcenkonflikte

auftreten, wie sie beim Biodiesel bereits auf die vereinfachte Formel gebracht wurden: „Autos der Reichen kontra Brot der Armen“. In Ecuador gibt es schon heftige Proteste der indigenen Bevölkerung gegen wasserraubende Bergbauprojekte.

So, wie das Elektroauto propagiert wird, gewinnt man leicht den Eindruck, das einzige Problem des Autos sei die Energieversorgung. Keine Rede ist etwa von Unfällen, deren Zahl kaum vom Antrieb

abhängen dürfte. Allenfalls bieten Elektroautos ein erhöhtes Risiko, da sie leiser sind und deshalb von anderen Verkehrsteilnehmern leichter überhört werden können. Umso wichtiger ist es, dass es ein flächendeckendes Netz von Wegen ohne Autos für Radfahrer und Fußgänger gibt, bevor das Elektroauto promotet wird.

Artikel über Elektroautos (auf Englisch):

<http://www.bbc.co.uk/news/business-19830232>

Bücherecke

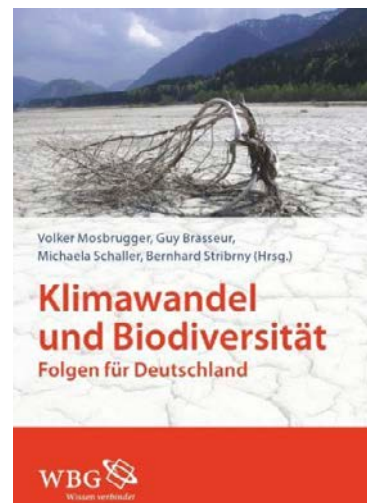
Klimawandel und Biodiversität – Folgen für Deutschland

Rezension von Götz Brandt

Ein Autorenkollektiv hat auf 432 Seiten einen wissenschaftlich fundierten, ausführlichen, umfassenden, detaillierten, mit vielen farbigen Bildern und Grafiken ausgestatteten sowie vielen Literaturhinweisen Einblick in die Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland gegeben. Geleitworte von Ministerin Anette Schavan und Ministerpräsident Bouffier empfehlen das Buch, ohne Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ziel dieses Forschungsberichtes ist, die aktuelle Situation zu Klimawandel und Biodiversität für alle Lebensräume und Handlungsfelder sowie die langfristigen Trends aufzuzeigen. Handlungsempfehlungen für Politik und Wirtschaft ergeben sich daraus, verlangen aber keine Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft.

Wer wissen will, wie sich die Biodiversität zum Schlechten entwickelt und welche Auswirkungen das hat, wie sich die Niederschlagshäufigkeit im Winter- und Sommerhalbjahr verschiebt, wo Grundwasser neu gebildet und wo es abnimmt, wie schnell der Meeresspiegel steigt, wie sich die Binnenwassersysteme durch den Klimawandel verändern, wie sich Plankton und Fischbestände in Nord- und Ostsee verändern, wie Vögel und Säuger im Wattenmeer beeinflusst werden, wie sich die Bodenfauna und der Humusgehalt der Böden sich entwickelt, wie sich die Baumarten im Klimawandel verhalten, wie sich die Fauna im Wald verändert, welchen Einfluss der Klimawandel auf die Landwirtschaft hat, wie Vögel, Reptilien und Insekten sich



anpassen können, wie sich Flora und Fauna in den urbanen industriellen Lebensräumen entwickeln, welchen Einfluss der Klimawandel auf unsere Gesundheit hat, welche Wanderbewegungen bei Flora und Fauna zu erwarten sind, derjenige muss dieses Buch lesen.

Mit diesem Buch liegt erstmalig eine fast lückenlose wissenschaftliche Bestandsaufnahme zu Klimawandel und Biodiversität in Deutschland auf der Grundlage von Anpassungsstrategien vor. Handlungsempfehlungen runden die Bestandsaufnahme ab. Die Ursachen dieser bedrohlichen Entwicklung werden zwar erkannt, aber als Schicksal hingenommen.

Stribny, Bernhard (Hrsg.)

Klimawandel und Biodiversität – Folgen für Deutschland

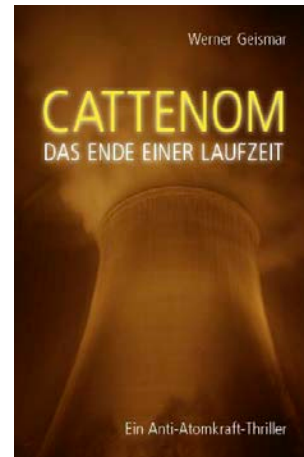
ISBN 978-3-534-25235-0 (2012), 39,90 €

Cattenom

Rezension von Alexandra und Wolfgang Borchardt

Cattenom ist ein Ort in Länderdreieck, in deren 10 km-Umkreis etwa 100.000 Menschen leben. Cattenom ist auch der Name des 3. größten französischen AKW, den Werner Geismar für seinen Roman gewählt hat. Er beschreibt darin das schreckliche „Ende einer Laufzeit“, schonungslos, in Details aus Sicht der Betroffenen. „...*Das Gesicht des Jungen war voller Brandblasen und Pusteln, aus der Nase floss Blut. ... Der Anblick der toten Vögel und der feuerroten Strickmütze seiner Kusine war Émiles letztes Bild, das er auf Erden sah, denn er kippte vornüber und fiel mit dem Gesicht in den Schnee. ...*“ Die persönlichen Schicksale der Menschen sind das, was den Roman so eindringlich macht.

Die Katastrophe wird schließlich zwar durch einen Flugzeugabsturz ausgelöst, aber Wetterkapriolen, eitles, profit- und karrieregeiles Verhalten und fachliche Inkompetenz von Verantwortlichen in der Wirtschaft und Politik sind so angelegt, dass sie ebenso die Ursache sein könnten. Darin besteht eine Stärke des Romans: Er zeigt das Zusammenwirken von banalen Kleinigkeiten und Zufällen, die aus einer zunächst harmlosen Störung der Kühlwasserversorgung eine Sperrzone mit 100.000 Toten innerhalb weniger Stunden werden lassen. Die Sperrzone umfasst die Gebiete Frankreichs, Luxemburgs, des Saarlandes und Rheinland-Pfalz. Werner Geismar hat seine Personen so realistisch entwickelt, dass ihre Handlungen geradezu zwangsläufig erscheinen. Er hat Katastrophenschutz-Pläne ausgewertet und ist in der Lage, den ganzen Ablauf sehr glaubhaft darzustellen. Das betrifft den Eisstau auf der Mosel, der die Wasserversorgung beeinträchtigt, zig Meter Anweisungen und Formulare, die nach der ersten Störungsmeldung bei der Einsatzleitung per Fax eingehen, fünffache Beantragung von Jodtabletten im 140 km entfernten Karlsruhe oder auch Panik und verstopfte Straßen, die eine planmäßige Evakuierung unmöglich machen. „*Alle unsere Katastrophenschutzpläne beruhen auf einer Vorwarnzeit von mehreren Stunden*“, sagte Ministerialdirigent Krause. „*Aber diese Katastrophe hat offenbar darauf keine Rücksicht genommen.*“ Als nach dem GAU versucht wird, das Feuer im



AKW mit Wasser zu löschen, schicken die Medien „beeindruckende Bilder von großen Regenschleibern“ um die Welt, Bilder, die in den Augen des Betrachters wie ein „grandioses Naturschauspiel“ wirken, der „darüber die von Menschen gemachte Katastrophe“ vergisst. Die Medienwirkung wird für verantwortliche Politiker wichtiger, als die tatsächliche Begrenzung und Bekämpfung der Folgen des SuperGAU und sie wird zum Ausgangspunkt weiterer Katastrophen.

Brillant ist auch der Börsenmakler Marc, der, kaum gerettet, nach Frankfurt muss: „*Jede Stunde, die ich hier vertrödle, kostet mich Geld. Die Märkte werden verrückt spielen. ... Glauben Sie im Ernst, dass irgendjemanden an den Börsen dieser Welt interessiert, ob ein Herr Meier, Schulze oder Müller in Perl elendig verreckt ist?*“

Das „*Umrechnen der Katastrophe in Geld erschien Ministerialdirigent Krause wie eine Kapitulation vor der Katastrophe, deren eigentliche Ursache das Umrechnen in Geld selbst gewesen war.*“

Er zeigt „*Herunterspielen des Ausmaßes der Katastrophe, Leugnen der Ohnmacht und Wirkungslosigkeit der ergriffenen Maßnahmen, Vertuschen und Zeit gewinnen.*“

„*Obwohl sich in Deutschland ein ähnliches Szenario wie das in Frankreich hätte abspielen können, hielt die deutsche Politik am Fahrplan ihres Atomausstieg fest und kürzte keine der Restlaufzeiten.*“

Der Verlag nennt das Buch einen Anti-Atomkraft-Thriller. Es ist ein Thriller im besten Sinne.

Werner Geismar

CATTENOM. Das Ende einer Laufzeit

ISBN 978-3-89796-239-2 (2012); 9,90 €

Klimawandel im Bewußtsein

Öko-Ikone Maeva erobert im Roman die Herzen der Welt

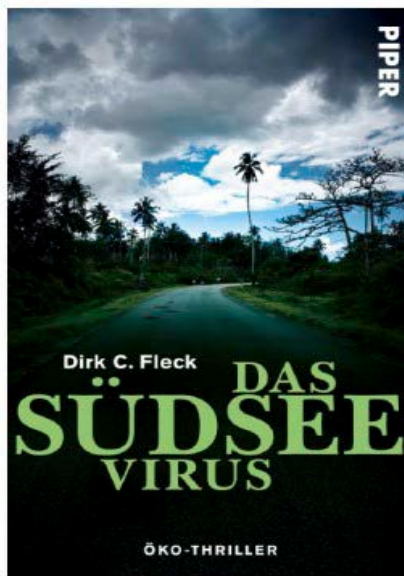
Rezension von Marko Ferst

Maeva ist die gewählte Präsidentin der Ökologischen Konföderation Polynesiens. Mehr noch, auf einer Tour durch viele Staaten der Welt versucht sie immer mehr Regionen und Länder für ein ökologisches Bündnis als Gegenpart zur handlungslahmen UNO zu gewinnen. Als sanfte Predigerin will sie einen globalen Bewußtseinswandel befördern, eine Erosion der alten Normen und Werte, genau jene, die den Kollaps der Zivilisation unvermeidbar nach sich ziehen. Dirk C. Fleck versucht, mit seinem neuen

Roman einmal mehr zu mahnen, die kommenden Klimaumbrüche werden die heutigen Muster des Denkens und Handels radikal in Frage stellen. Aus dem Blickwinkel dieses literarischen Zukunftsszenarios, stehen wir als „Generation der Täter“ mit unserer Sucht nach Wohlstand und Wachstum auf der Anklagebank.

Maeva immerhin kann auf eine alternativ-ökologische Sozial- und Wirtschaftsordnung verweisen, wie sie in ihrer Heimat Tahiti bereits funktioniert. So gerät sie zur Hoffnungsträgerin für eine globale ökologische Kulturbewegung. Sie erfährt immer mehr Medienöffentlichkeit, legt sich an mit den führenden Öl- und Gentechnik-Konzernen und schafft sich dadurch mächtige Feinde bei ihrer globalen Mission. Einem Anschlag entgeht sie nur knapp.

Ihre weltumspannende Reise wird zum Spiegelbild einer Welt, wie sie fiktiv um das Jahr 2030 aussehen mag. Doch wir haben es eigentlich nicht mit einem Science-Fiction-Roman zu tun, sondern mit einer ernsten Bilanz und Hochrechnung unserer heutigen Situation. So bricht z.B. der Drei-Schluchten-Stausee in China und das 600 Kilometer lange Gewässer stürzt wie ein Riesen-Tsunami über das Land, vernichtet ganze Regionen. Neue riskante Atomkraftwerke und der Uranabbau in Südafrika münden in Massenproteste und der Einsatz der



Armee dagegen führt zu einem Massaker mit tausenden Toten. Mit Blick auf Frankreich, Polen, Rußland und Brasilien muß man in der Tat fürchten, dortige Politiker brauchen noch ein weiteres Fukushima vor Ort.

Im Roman wird geschildert wie viele Regionen in der Welt die ökologischen Ideen Tahitis übernehmen oder neue ausprobieren. Jene Passagen schildern keine Biotope für Ökologie light. So bereist Maeva auch das nachcastrosche Kuba. Dort ist um 2030 Ana Marina Sánchez Präsidentin

des Karibikstaates. Mustergültig und erfolgreich versucht die gelernte Ökonomin aus den Erfahrungen des Südseeexperiments zu lernen. In seinem vorhergehenden Roman „Das Tahitiprojekt“ stellte Dirk C. Fleck diese neue sozialökologische Ordnung auf der großen Südseeinsel fiktional vor. Für dieses Werk erhielt der Autor 2009 den Deutschen Science-Fiction-Preis. Erfreulich zu hören, das der Ökroman immerhin über 40.000 mal gekauft wurde.

Ganz anders sieht die Lage in Kalifornien und Oregon aus, die zusammen die Ökodiktatur „EcoCa“ bilden. Renitente Autofahrer, die von ihrem Gefährt nicht lassen können, dürfen zur Strafe die Abgase probatmen. Die Medien sind gleichgeschaltet und früheren Konzernchefs droht in öffentlichen Schauprozessen die Todesstrafe. Kinder dürfen nur limitiert und mit Berechtigungsschein auf die Welt kommen. Das Reisen ist verboten. Immerhin wird Maeva von den Funktionären eingeladen. Trotz Risiko kritisiert sie in einer Rede, daß die Bürger zu willfährigen Befehlsempfängern hiezulande degradiert würden. Gute Absichten lassen sich nicht mit Repressionen erzwingen. Unrechtstaat bleibt Unrechtstaat. Schon 1994 hatte Fleck in seinem Roman „Go! Die Ökodiktatur“ literarisch experimentiert wie Deutschland in Folge von Klimaverwerfungen zu einem totalitären Regime mutiert.

Fleck dürfte dabei sehr klar sein, seine literarischen Visionen könnten durch die zukünftigen zivilisatorischen Brüche im Kontext der ökologischen Weltkrise in der einen oder anderen Form ganz real werden. In Politik, Medien und Gesellschaft ist noch nicht durchgesickert, unsere heutige Schlitterpartie mit dem Klima in Kombination mit anderen großökologischen Zerstörungen kann ganz schnell da enden, wo James Lovelock diagnostiziert, es würden am Ende nur 0,5 bis eine Milliarde Menschen übrig bleiben nach diesen Einschlägen. Überall wo die Landwirtschaft wegbriecht, ist die Auslöschung unvermeidlich, die gigantischen Ströme von vielen Millionen Klimaflüchtlingen wird keine Frontex-Agentur aufhalten können.

Präsidentin Maeva ist keine Liebhaberin plutokratischer Rezepte, sie will den ungezügeltten Kapitalismus als Ersatzreligion ausgedient wissen. An den Börsen ginge es nicht darum die Realwirtschaft mit Geld zu versorgen, sondern sich auf Kosten der Allgemeinheit mit komplizierten Wetten gesundzustoßen. Wenn sich gigantischer Reichtum auf 10 % der Bevölkerung konzentriert, ist das sozialökologisch nicht zukunftsfähig. Schon gar nicht in Verhältnissen, wo auch über erheblichen materiellen Verzicht geredet werden muß.

Der ökologische Bruch

– Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten

Besprechung des Inhalts von Götz Brandt

Für dieses 500-Seiten-Buch eine Rezension zu machen, ist überaus schwierig, weil so viele Ideen und Theorien dargelegt, besprochen, kritisiert, dogmenhistorisch eingeschätzt und Lösungsvorschläge gemacht werden, dass der Rahmen einer Rezension allein durch den Umfang des zu Besprechenden gesprengt wird. Deshalb wird der Weg einer kommentierten Inhaltsangabe gegangen, die den potentiellen Leser aufklärt, welche Probleme abgehandelt werden, die ihn eventuell interessieren könnten.

Das Buch stammt aus den USA. Es wurde von konsequent linken Marxisten geschrieben. Hilfreich ist beim Lesen die Kenntnis der marxistischen Begriffswelt und der dialektischen Denkmethode. Die Autoren haben alle Textstellen in Marx' Werken ausgewertet, die sich mit dem Stoffwechsel (Me-

Maevas Reisebegleiter und Organisatoren im Hintergrund Cording, Shark und Steve, sie tragen weite Teile der Handlung, sind von der spirituellen Weitsicht ihrer Vordenkerin kaum angesteckt und in ihrer Kommunikation sehr westlich-irdisch, etwas schnoddrig, sprich gewöhnungsbedürftig. Zweifelhafte Terrorgangs sind im Werk turbulent inszeniert. Da wird schon mal jener General umgebracht, der Klimaflüchtlinge verrecken ließ, von einer grünen RAF mit Lifeberichterstattung im Internetfernsehen. Politiker, die in Brandenburg oder anderswo neue Kohlekraftwerke bauen wollten, wären da garantiert auf Flecks schwarzer Romanliste. Sehr spannend, aber auch verstörend, ist der Schlußteil geschrieben. Was wird aus der Jeanne d'Arc der Ökologie Maeva? Wir verraten es an dieser Stelle nicht.

Die Hartcoverausgabe des Romans erschien unter dem Titel „Maeva“. Im Piper-Verlag wurde daraus nun „Das Südsee-Virus“. Es scheint das Buch-Marketing wichtiger gewesen zu sein, als das inhaltliche Anliegen des Romans.

Dirk C. Fleck: **Das Südsee-Virus!** Roman, Piper Taschenbuch, 2012, 336 Seiten, 9,99 €. Leseprobe: <http://www.maeva-roman.de/> (eine kürzere Fassung des Beitrags erschien im ND vom 16.7.2012)

tabolismus) zwischen Mensch/Gesellschaft und Natur befassen. Diese Seite der Marx'sche Theorien wurde seinerzeit von den Gesellschaftswissenschaftlern und Politikern des Sozialistischen Lagers als nebensächlich und unbedeutend eingestuft. Bekanntlich wurde in den sozialistischen Ländern die Natur genauso bedenkenlos ausgebeutet wie in den kapitalistischen Ländern. Nunmehr, im Angesicht der drohenden globalen Naturkatastrophen wie Klimawandel, Übersäuerung der Ozeane, stratosphärischer Ozonmangel, die die Natur bedrohenden Stickstoff- und Phosphorkreisläufe, der steigende Frischwasserverbrauch, der Verlust an Biodiversität, die chemische Verschmutzung u.a.m. stehen wir am Beginn einer irreversiblen Umwelterosion. Wir befinden uns nach Meinung

der Autoren im äußersten Alarmzustand. Drei der Prozesse haben ihre „global zulässigen“ Grenzen bereits überschritten: Klimawandel, Stickstoffkreislauf und Verlust der Biodiversität.

Der „ökologische Bruch“ ist der Bruch zwischen Menschheit und Natur. Die meisten Menschen sind heute weniger besorgt um die Rettung des Planeten als um die Rettung des Industrialismus, der ihnen ihren Lebensstil (nach Meinung der Autoren „Todesstil“) aufrechterhält. Der Industriekapitalismus kann aber nicht nachhaltig sein. Die fortgesetzte und sich beschleunigende Ausbeutung der Erde bedroht daher das Überleben der Menschheit. Auf die Ursachen dieser offenbar unaufhaltsamen Entwicklung gibt Marx die Antwort: Der dem Kapitalismus innewohnende Drang zur Kapitalanhäufung ist schrankenlos und grenzenlos bis hin zur ökologischen Zerstörung. Der Kapitalismus ist unfähig, seinen sozialen Metabolismus (Stoffwechsel) mit der Natur auf nachhaltige Art zu regulieren. Die „Triebkraft zur Anhäufung von Kapital“ kennt keine physischen Grenzen. Die Kapitalakkumulation ist „unendlich“.

Die Autoren führen alle Theorien der Apologeten des Kapitalismus zur Entmaterialisierung der Produktion, nachhaltigen technologischen „Wunderwaffen“, ökologischen Modernisierung, zu Marktheilungskräften unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ad absurdum. Eine ewig wachsende Wirtschaft ist biophysisch unmöglich. Die Apologeten des Kapitals glauben an eine universelle Ersetzbarkeit von Allem in der Natur, sodass nichts Natürliches unersetzlich oder unabänderlich bleibt. Aber, so weisen die Autoren nach, einen „grünen Kapitalismus“ kann es nicht geben. Neue Produkte, neue Technologien und neue Märkte beschleunigen nur den Zusammenbruch. „Das einzige, was uns retten kann, ist eine Revolution in der menschlichen Gesellschaft“, sonst droht „ein kollektiver gesellschaftlicher Selbstmord“. Diese Textstellen sind im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wahlprogrammdiskussion besonders anregend. Das Ökologieproblem kann nur durch Überwindung des Kapitalismus als imperialistisches Weltsystem gelöst werden. Eine ökologische Revolution ist überfällig. Das wird ein langer und schwieriger Kampf für eine gesellschaftliche Umgestaltung und Kontrolle der Produktion.

Die Gesamtheit der bestehenden Reproduktionsprozesse müssen ersetzt werden, um das Kapital zu überwinden. Hoffnungsvoll blicken die Autoren auf die revolutionären Prozesse in den Ländern Südamerikas. Der Ausweg liegt in der Ökologie des Konsums, in der ökologisch noch möglichen Beschränkung. Der Konsument muss deshalb zum Souverän werden.

Für den Kapitalismus als System ist nichts so gefährlich wie Überfluss. Verschwendung und Zerstörung sind deshalb für das System „vernünftig“. Auch die globale Erwärmung und Wüstenbildung sind vom Standpunkt der Kapitalakkumulation aus gesehen „getarnte Segnungen“, die die Aussicht auf expandierende Privatvermögen vermehren. Der Zustand der Natur wird im wachsenden Maße durch die Unternehmungen des kapitalistischen Systems bestimmt. Ein kapitalistisches System kann unter Bedingungen, die eine Inwertsetzung der Reproduktion der Natur erforderlich machen, nicht funktionieren. Wir können aber trotzdem innerhalb des gegenwärtigen Systems Handlungen gegen die innere Logik des Systems unternehmen.

Die Wirtschaftswissenschaftler als Apologeten des Kapitals behaupten, dass es seitens der Umwelt keinerlei Einschränkungen beim Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum gebe und dass es niemals zu langfristigen Ressourcenengpässen kommen könne. Der Kapitalismus ist aber ein „Wachse-oder-Stirb-System“. Die meisten Ökonomen sind zutiefst unwissend, was die Beschränkungen angeht, die dem Wirtschaftssystem durch physische und biologische Faktoren auferlegt sind. Diese Ökonomen befinden sich im „kapitalistischen Wunderland“. Der Markt würde alles regulieren, sogar die Natur. Ökologische Werte könnten, wie jede andere Konsumnachfrage, ihren natürlichen Platz im Markt finden, behaupten diese Apologeten. Es geht ihnen darum, dass die kurzfristige Kapitalakkumulation sicher gestellt wird. Investitionen in die Zukunft, mit langer Rücklaufdauer und geringem Diskontsatz stören und behindern die gegenwärtige Kapitalakkumulation. Für den Kapitalismus sind Maßnahmen gegen den Klimawandel „ökonomisch kaum tragbar“. Es muss aber erreicht werden, dass die Preisgestaltung die vollen Umweltkosten widerspiegelt.

Nach dieser Analyse der Autoren wird folgerichtig das Thema einer „Ökologischen Revolution“ behandelt. Das Umweltproblem kann nicht gelöst werden, ohne Veränderungen in den sozialen Beziehungen vorzunehmen. Ein Volksaufstand gegen das System wäre notwendig. Sowohl die Produktionsverhältnisse als auch die Produktivkräfte müssten durch eine „grüne Kulturrevolution“ verändert werden. Damit verbunden wäre die Wiederherstellung echter menschlicher Gemeinschaft mit umfassender kollektiver Teilhabe bei den Entscheidungsfindungen. Erste Aufgabe wäre, den Kohlenstoffkreislauf wieder in Ordnung zu bringen und die Kohlewirtschaft still zu legen. Das wird eingehend untersucht und es werden Vorschläge gemacht. Die Gefahr besteht, wenn nicht gegengesteuert wird, dass innerhalb einer einzigen Generation eine „apokalyptische“ Entwicklung erfolgt.

Im Abschnitt „Ökologische Paradoxien“ untersuchen die Autoren das Jevons-Paradoxon. Höhere Effizienz je Produkt führt nicht zur Senkung des Materialverbrauchs insgesamt, sondern durch den Rebound-Effekt zu wachsendem Verbrauch. Das wird an Hand vieler Beispiele nachgewiesen. Eine „Entmaterialisierung“ ist im Kapitalismus Wunschenken. Es besteht vielmehr „das absolute allgemeine Gesetz der Umweltschädigung“. Das ist in der Absicht des kapitalistischen Unternehmertums begründet, als Ziel nur die Profitmaximierung anzustreben und niemals die Bedienung sozialer oder ökologischer Zwecke.

In einem weiteren Abschnitt „Dialektische Ökologie“ werden die Ansichten von Marx zum Umweltproblem untersucht. Eine Literaturschau gibt einen vollständigen Überblick zu bisherigen Veröffentlichungen. Insbesondere Lukacs hat verhindert, dass die dialektische Methode in den sozialistischen Staaten für die Natur angewendet wurde. Dabei hatte Marx die komplexen materiellen Beziehungen zwischen Mensch und Natur grundsätzlich geklärt. Das Wirken des imperialistischen Kapitalismus wurde bereits von Marx an Hand von Beispielen untersucht. Auch Engels hatte sich in „Dialektik der Natur“ dazu unmissverständlich geäußert. Es wird Bezug genommen auf Theorien zum „grünen“ Kapitalismus, der mit technologischen Innovationen alle existierenden natürlichen Hindernisse zu

überwinden glaubt. Die Natur wird als Bereich angesehen, der je nach Bedarf manipuliert werden kann. Es wird auch die Theorie untersucht, wie eine Veränderung der Moral der Käufer den Kapitalismus auf den Weg einer nachhaltigen Entwicklung führen könne.

Ein Kapitel ist dem „Ökologischen Imperialismus“ gewidmet, der den imperialen Ländern eine „umweltmäßige Kontoüberziehung“ durch Raub ökologischer und ökonomischer Ressourcen ermöglicht.

In einem weiteren Kapitel werden „Auswege“ diskutiert. Obwohl der ökologische Bruch seinen wichtigsten Ursprung in der Wirtschaft hat, werden von den Apologeten des Kapitalismus die Verbraucher, die ja eine „Verbrauchersouveränität“ hätten, für die Umweltkatastrophen verantwortlich gemacht. Wenn die Verbraucher gelenkt oder beherrscht werden könnten, wäre alles in Ordnung zu bringen. Eine echte Kritik des Kapitalismus bedeutet aber, die kapitalistische Warenproduktion als Verursacher der Umweltschäden zu überwinden. Will nämlich eine Gesellschaft nicht gegen die Natur konsumieren, dann müssten die menschlichen Grundbedürfnisse nach gehaltvoller Nahrung, angemessener Behausung, sauberem Wasser und Bedingungen einer gesunden Existenz geplant und abgesichert werden. Daraus ergibt sich auch eine neue gesellschaftliche Verteilung der verfügbaren Zeit. Da das Kapitalsystem von Natur aus „unkontrollierbar“ ist, wird eine gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft notwendig. Das kann nur über eine „Ökologische Revolution“ erfolgen.

Dieses Buch wird nicht nur allen Ökologen empfohlen, sondern auch den Politikern der Linkspartei, bei denen nicht nur eine Weiterbildung auf dem Gebiet der Theorie marxistischer Ökologie notwendig ist, sondern auch eine praktische Ausrichtung ihrer Politik auf ökologische Politikfelder neben den sozialen.

John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York
Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten. 2011

Originaltitel: The Ecological Rift: Capitalism's War on the Earth. 2011

ISBN: 978-3942281-97-3,

Preis: 39, 90 €

Warum ich nicht nach Bad Sachsa fahre

von Anne-Kathrein Petereit

Es hat sich zumindest in ökologenkreisen herumgesprochen, dass unser heutiger materieller Lebensstandard und große Auslandsreisen in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein werden. Wie wollen wir diese Einbußen kompensieren? Wir brauchen einen „hedonistischen Ausstieg aus dem Konsumismus“. (Tim Jackson). Götz Brandt schreibt in „Wohlstand“ nach der Vielfachkatastrophe: „Das scheinbare Güterglück muß abgelöst werden durch den höchststehenden Gegenstand des menschlichen Bedürfnisses, den anderen Menschen.“ Güterglück, Alkohol, Drogen, Arbeitssucht - das sind Ersatzbefriedigungen für nicht erfüllte echte Bedürfnisse, sind „leerer Trost“. Einsamkeit, Unglück in Liebe und Ehe, das Leid der Scheidungskinder, darunter leiden Menschen nicht weniger als unter Arbeitslosigkeit und finanzieller Armut. Unsere ganze Zivilisation ist „eine Anleitung zum Unglücklichsein“ (Arthur Koestler). Das patriarchale Familienmodell ist überholt. Wir sollten mal eine Diskussion über andere Formen des Zusammenlebens auf die Tagesordnung setzen. Ein anderer notwendiger Weg wäre zu überlegen, wie wir uns ohne großen materiellen Aufwand, ohne ständige Reisen die Zeit vertreiben können. In der DDR gab es den „Bitterfelder Weg“, die Bewegung „Kumpel, greif zur Feder“. Die Menschen sollten sich nicht nur beriebseln lassen, sondern selbst kreativ werden: singen, musizieren, tanzen, malen, Theaterspielen. Und Bahro meinte: „Subsistenz zielt auf die Gesamtheit der Lebenszusammenhänge.“ Das heißt, wir sollten uns um Nahrung, Handwerkliches, Gesundheit und Kultur, so weit möglich, selbst kümmern. In der Marxistisch-Leninistischen Partei gibt es ein reges kulturelles und geselliges Leben. Da wird

Brecht rezitiert, gesungen, es wird mal ein Sketch gespielt, oder es werden Kreistänze gemacht. Nichts davon in der ökologischen Plattform! Dort geht es genau so staubtrocken und kopflastig zu wie in der übrigen Partei. (Eine Ausnahme war das Bundestreffen im Fichtelgebirge vor einigen Jahren.) Im vorigen Jahr in Lübeck fand ich am Sonntagmorgen im Tagungsraum abgebrannte Kerzen, also müssen einige zusammen gesessen haben. Ich hätte auch gern an einem geselligen Abend teilgenommen, aber ich wußte nichts davon und

*„Im Grunde genommen
sind es doch die
Verbindungen mit
Menschen, welche dem
Leben seinen Wert geben.“*

Wilhelm von Humboldt

bin mit einem Buch ins Bett gegangen. Die Wahlen der Plattform-Gremien können ohne mich stattfinden. Fachvorträge kann ich auch in schriftlicher Form rezipieren. Dazu muß ich nicht Geld und ein Wochenende opfern. Deshalb bleibe ich vom 19-21.4. in Berlin. Wie wollt Ihr die Menschen überzeugen, dass „Sein“ wichtiger ist, als „Haben“, dass Leben auch ohne viel Konsum interessant und erfüllend sein kann? Nur wer selber brennt, kann andere entzünden.

Autorenangaben

Wolfgang Pekny (56), Chemiker, Biologe, war 20 Jahre Kampagnen-Direktor bei Greenpeace und ist heute Geschäftsführer der „Plattform Footprint“. 2010 gründete er die Forschungsinitiative „Netzwerk Footprinting“.

Raul Zelik ist Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbiens und Schriftsteller. Im Herbst erscheint sein neuer Roman „Der Eindringling“ im Suhrkamp-Verlag.

Ercan Ayboga ist Mitglied der Ökologischen Plattform und der Initiative zur Rettung von Hasankeyf.

Marko Ferst ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Roland Schnell ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Prof. Dr. Dr. Götz Brandt, Alexandra und Wolfgang Borchardt und **Anne-Kathrein Petereit** sind Mitglieder des Sprecherrates der Ökologischen Plattform.

Gereon Janzing Ethnologe, Geograf und Biologe <http://www.gereon.es>

Bild Seite 11:

Ilisu-Staudamms GFDL (<http://www.gnu.org/copyleft/fdl.html>), or CC-BY-SA-3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>), via Wikimedia Commons

Copyleft: Die Textbeiträge in Oya stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen unter Nennung der Autorin/des Autors in Verbindung mit »aus: Oya – anders denken.anders leben« frei verwendet (BY) und unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA) (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

Impressum

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de
Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform **ISSN 2195-027X**

Redaktion tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Redaktionsschluss: 15.3.2013

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.06.2013.

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Satz und Layout: Mike Wright

Bestellung/Adressänderung kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ Ökologische Plattform

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de

Manfred Wolf, 030 24 11 127, manfredwolfberlin@gmx.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, hageneruwe@googlemail.com

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss),

Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167,

Fax 030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de

Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638,

Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz),

030 227-72138, sabine.stueber@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284,

eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,

Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam 01520 2875749

norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin),

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,

carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8,

28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de

(AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt 1, 20095

Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873,

hajo.zeller@web.de (ÖPF Hessen)

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), S

chlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@tg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1,

19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)

u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6, 31787 Hameln,

Tel. 0515 1 409481, Hpborusso@aol.com

Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447,

ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler,

marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, Umwelt- und Tierschutz), Franz-Josef-Röder-

Straße 7, 66119 Saarbrücken,

dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290,

an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.

0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-Linde-

nau-Platz 1, 01067 Dresden,

jana.pinka@slt.sachsen.de

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bernhard-von-Linde-

nau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,

Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SN)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Domplatz 6-9,

39104 Magdeburg, Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF, MdL, Agrar- und Regional-

politik), johanna@scheringer.de, Tel. 0151 1172 3000

Büro: Straße der Einheit 28 a, 37318 Uder. Tel: 036083 530397

Maik Eisfeld (Sprecher ÖPF) maik_eisfeld65@yahoo.de

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),

Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,

kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues

Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

s.schmidt@nd-online.de,

<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee

230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Nr. 60 März I/2013

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltverzeichnis

Editorial

Abschied von Karin Lück	2
Einladung zum Bundestreffen	3

Gesellschaftsperspektive / Theorie

Sanft auftreten	4
Grüner Sozialismus und ‚gutes Leben‘	7

International

Gerichtsurteil verhängt Baustopp des Ilisu-Staudamms	11
Debakel in Doha: NGOs ohne Biss	13

Gedicht

Spitzbergen	17
-------------	----

Energie

Erneuerbare Energie ist mehr als Strom	18
--	----

Verkehr

Elektroautos – Rettung aus der Energiekrise oder kindliche Hoffnung?	21
--	----

Bücherecke

Klimawandel und Biodiversität – Folgen für Deutschland	23
Cattenom	24
Klimawandel im Bewußtsein	25
Der ökologische Bruch	26

Leserbrief

Warum ich nicht nach Bad Sachsa fahre	27
---------------------------------------	----

Autorenangaben

30

Impressum

30

Kontaktadressen

31